

Johannes Magel

EDITORIAL

Die Regierung Merkel wackelt. Die Große Koalition der Wahlverlierer meint, sie könne sich auf einen neoliberalen Konsens in der Gesellschaft verlassen und ungestört die politischen Geschäfte des deutschen Monopolkapitals führen und weiterhin – Querelen hin, Querelen her – die wohlbezahlten Regierungsposten untereinander teilen. Aber der neoliberale Kitt bröckelt. Der Unwille der unteren Gesellschaftsschichten, noch länger Bevormundung und Sozialabbau hinzunehmen, drückt sich zunächst im scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der AfD aus. Mit der von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht initiierten Sammlungsbewegung unter dem Label *#aufstehen* entsteht möglicherweise eine ernsthafte Alternative zur Rechtsentwicklung. Mit diesem Thema befassen sich *Thomas Lurchi, Johannes Magel und Seta Radin* in ihrem Artikel. Die Initiative richtet ihren Stoß gegen die NATO-Kriegspolitik, gegen die Agenda 2010 und gegen Privatisierungen in den Kommunen und damit gegen die politischen Ursachen von Sozialabbau und Kriegsgefahr. Die Autoren setzten sich optimistisch, aber illusionsfrei mit den Chancen der *#aufstehen* Initiative zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und in diesem Zusammenhang auch mit Ansatzpunkten für die Konkretisierung der antimonopolistischen Strategie der DKP auseinander.

Als Schwerpunkt dieses Hefts greifen wir die Hauptfeindfrage auf. Wir bringen den Text *Der Hauptfeind sind die USA!* von *Andreas Wehr*, den er im Mai dieses Jahres in Auseinandersetzung mit Positionen in der Friedensbewegung geschrieben hat, die mit dem sog. Querfrontvorwurf zu erbitterten Auseinandersetzungen und Blockaden im gemeinsamen Handeln geführt haben. Ich sehe in diesem Text zunächst einen produktiven Beitrag, die Auseinandersetzungen auf eine rationale Ebene gebracht zu haben, und damit die substanzlosen Polemiken, die das gemeinsame Handeln jahrelang gelähmt haben, zu überwinden. Wehr skizziert das gegenwärtige internationale Staatensystem, die Formen der Konkurrenz und Zusammenarbeit der großen kapitalistischen Staaten. Er konstatiert die fortwauernde Dominanz der USA. Davon ausgehend kommt er zu dem Ergebnis, dass der antiimperialistische Kampf sich (weiterhin) primär gegen die USA richten muss. *Inge und Harald Humburg* erheben in ihrem Text *Der Hauptfeind steht im eigenen Land* Bedenken gegen die Position von Wehr, die ihrer Ansicht nach auf eine Position der Klassenversöhnung mit der deutschen Bourgeoisie hinausläuft. Ihre Kernthese ist, dass, von historischen Ausnahmesituationen abgesehen, die „eigene“ Bourgeoisie stets der strategische Hauptfeind der Arbeiterklasse ist und der Sturz der po-

litischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie ihr strategisches Etappenziel bleibt. Dieser Text wird durch den Artikel *Domenico Losurdo, der VII. Weltkongress und der Kampf gegen den Krieg* von *Kurt Baumann* ergänzt. Der Verfasser setzt sich in diesem Text kritisch mit der Interpretation der Linie des VII. Weltkongresses in der Frage von Krieg und Frieden auseinander, wie sie Losurdo entwickelt hat.

Wir schließen dieses Heft mit einer Rezension von Jürgen Lloyd ab, in der uns der Rezensent das Buch *Hans Heinz Holz: Die Sinnlichkeit der Vernunft. Letzte Gespräche* empfiehlt, das Gespräche wiedergibt, die Arnold Schölzel und Johannes Oehme 2011 mit Hans Heinz Holz geführt haben.

Wie oben benannt, setzen wir uns in diesem Heft kritisch mit einem Text von Domenico Losurdo auseinander. Wir möchten diese Stelle nutzen, um zum Ausdruck zu bringen, dass wir mit dem Tod von Domenico Losurdo am 28. Juni 2018 einen der großen Denker des revolutionären Marxismus verloren haben. Domenico Losurdo und unser langjähriger Mitherausgeber Hans Heinz Holz waren enge persönliche Freunde und Streitgefährten. Wie Holz hat Losurdo eine gewaltige intellektuelle Arbeit geleistet und dazu beigetragen, die Zerfahrenheit und Zerrissenheit der Linken nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu überwinden.

Johannes Magel, Seta Radin, Thomas Lurchi

Sag mir, wo du stehst

ZU #AUFSTEHEN UND ZUR ANTIMONOPOLISTISCHEN STRATEGIE DER DKP

Als die Website der Initiative *#aufstehen* Anfang August online ging, konnte sie nach nur drei Tagen über 50.000 Interessenten verzeichnen. Einen Monat später waren es bereits mehr als 100.000. Inzwischen ist die 150.000-Marke längst geknackt. Gleichzeitig hört man von lokalen Gründungsinitiativen, die vor Ort erste Kennenlernetreffen organisieren. Allein in München etwa kamen 150 Teilnehmer. Zusammengekommen ein beachtenswertes Statement, das Hoffnung macht.

Es scheint die These der Initiatoren der Sammlungsbewegung zu bestätigen, wonach es in unserem Land eine breite Mehrheit für eine soziale und friedliche Politik gibt, die gegenwärtig jedoch weder im Parlament, noch im öffentlichen politischen Diskurs abgebildet ist. Diese Mehrheit zu mobilisieren und ihr eine Stimme zu geben, ist das erklärte Ziel von *#aufstehen*. Denn, so schlussfolgern die Initiatoren, diese Mehrheit werde „entweder auf demokratische Weise Druck auf festgefahrene Strukturen in Politik, Wirtschaft und Medien ausüben – oder ihre Vertreter werden sich weiter in Richtung extreme Rechte orientieren“ [1]. Und an andere Stelle heißt es: „Wir meinen, dass die Fixierung auf das Thema Flüchtlinge der falsche Ausdruck einer Wut ist, die sich in ganz anderen Bereichen des Lebens angesammelt hat“ [2].

Dialektik des Klassenkampfes

Bereits in diesen wenigen Worten kommt eine antifaschistische Analyse zum Ausdruck, die über weitaus mehr Klarheit verfügt, als z.B. im gesamten Aufruf der Anti-AfD-Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ zu finden ist [3]. Hier und in vergleichbaren Pamphleten wird nicht etwa die Offensive des Monopolkapitals zur Hauptgefahr für Demokratie und Frieden in unserem Land erklärt, sondern eine bestimmte Form des Protests gegen die Folgen dieser Offensive, die oftmals etwas vorschnell als

„rassistisch“ etikettiert wird.

Anders hingegen die Initiative *#aufstehen*: „Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Unzufriedene in die Arme der AfD getrieben werden, weil sie sich bei allen anderen nicht mehr verstanden fühlen. Viele wählen die AfD aus Protest, das sind keine Rassisten, sondern Menschen, die sich von der Politik im Stich gelassen fühlen“ [4].

Was Wagenknecht hier für die Wahlerfolge der AfD analysiert, gilt genauso auch für die Pegida-Bewegung oder die erschreckende Dynamik der jüngsten Ereignisse in Chemnitz oder Köthen. Es handelt sich bei diesen Phänomenen in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit nicht um den Ausdruck eines kohärenten, geschlossen rassistischen Weltbildes (womit nicht gesagt ist, dass es das nicht auch gibt), sondern um etwas, das z.B. der marxistische Sozialwissenschaftler Werner Seppmann als „symbolische“ Akte“ bezeichnet, „mit denen Benachteiligte und Verunsicherte auf ihre Probleme aufmerksam machen wollen, die nach ihrem Eindruck von keiner politischen Gruppierung mehr aufgegriffen werden“ [5].

Der französische Soziologe Didier Eribon bezeichnet sie daher sogar als eine Art „politische Notwehr der unteren Schichten“ [6] und verweist damit auf eine gewisse Dialektik des Klassenkampfes: Wenn die Unzufriedenen nicht zu ihrem Recht kommen, verlangen sie zumindest zu ihrem Ausdruck zu kommen. Angesichts der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse liegt es recht nahe, dass dabei vermehrt solche Ausdrucksformen gewählt werden, die zwar der Form nach gegen „die da oben“ gerichtet sind, aber nicht nach ihrem Inhalt. Sie richten sich dann gegen eine Kultur der Anpasstheit, gegen *Political Correctness* oder andere gemeinhin als „anständig“ erachtete Umgangs- und Verkehrsformen – bis hin zu Versuchen, die eigene Handlungsfähigkeit durch rassistische Ausgrenzungen oder anderen

Formen der Diskriminierung zu erhalten.

Antifaschistische Strategie...

Während der linksliberale Mainstream vor dieser Dialektik die Augen verschließt und hilflos lediglich die Symptome zu bekämpfen sucht, adressiert die *#aufstehen*-Bewegung hingegen die Ursachen des Problems, die „einen Nährboden für Hass und Intoleranz“ schaffen, wie es im Gründungsauftrag heißt. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Anerkennung der misslichen sozialen Lage der Unterdrückten. Davon ausgehend richtet sie den Hauptstoß gegen die herrschende Politik der Regierung – gegen die NATO-Kriegspolitik, gegen die Agenda 2010 und gegen Privatisierungen in den Kommunen – statt gegen diejenigen, die unter dieser Politik leiden.

In der Wucht der Kritik, die der *#aufstehen*-Bewegung von allen Seiten entgegenschlägt, spiegelt sich somit nicht zuletzt auch ein Richtungsstreit darüber, wie man dem Aufstieg der AfD effektiv entgegenzutreten kann. Reicht es, lediglich um eine vermeintlich antirassistische Hegemonie in der Gesellschaft zu ringen, die von einem bewusst klassenindifferenten breiten Bündnis getragen wird, und durch Manifestationen eines erneuten „Aufstands der Anständigen“ ein gesellschaftliches Klima zu errichten sucht, in dem jede Art von unangepassten Äußerungen tabuisiert und ihre Träger ausgegrenzt werden (worauf u.a. die Kampagne *Aufstehen gegen Rassismus* hinausläuft)? Oder aber ist es nötig, den Versuch zu unternehmen, die Massen für die Durchsetzung sozialer und friedenspolitischer Forderungen gegen die herrschende Politik des Sozialkahl-schlags und der Unterstützung der NATO-Kriegspolitik zu mobilisieren?

... zwischen sozialer Ausgrenzung

In dieser Frage des Richtungsstreits kann es nur eine richtige Antwort geben.

Denn mit einer Strategie der Tabuisierung und des ausgrenzenden Fingerzeigs (#WirSindMehr) wird lediglich genau jene soziale Spaltung reproduziert, gegen die sich die symbolischen Akte politischer Notwehr der sich selbst als unterdrückte Minderheit Empfindenden richten. Nicht nur, dass so lediglich die Wirkung statt der Ursache bekämpft wird. Es wird die Ursache des Problems sogar noch verstärkt: Das Gefühl sozial „abgehängt“ zu sein sowie von Unverständnis und fehlender Anerkennung der eigenen Not wird unweigerlich bestätigt – bei gleichzeitigem Ausbleiben einer alternativen Handlungsmöglichkeit zur Überwindung der Ohnmacht. Das wird nicht zuletzt auch von jenen, in ähnlicher sozialer Lage, genauestens registriert, die sich noch (!) von der gesellschaftlichen Ächtung einschüchtern lassen und



ihren Unmut über die Regierung bisher nicht auf diese unerwünschte Weise zum Ausdruck bringen.

Genau hierin besteht das Dilemma des „hilflosen Antifaschismus“: Er verbaut sich jede Gelegenheit, den Unterdrückten eine glaubhafte Handlungsalternative anzubieten, weil er mit den Verursachern der Unterdrückung gemeinsame Sache macht – und zwar, indem er sich eben nicht zu den Ursachen des Problems verhält, sondern nur zu seiner Wirkung. Indem er darum bemüht ist, diese Wirkung einzudämmen, bedient er wiederum das Interesse der Verursacher an der Erhaltung der Stabilität ihres Herrschaftssystems. Diese Strategie läuft damit eher auf eine Art „verlängerter Arm der Polizei“ hinaus, als auf eine effektive antifaschistische Gegenwehr. Zudem lässt sie sich instrumentalisieren für die Taktik der Herrschenden, vermittels „der propagandistischen Abgrenzung des neoliberalen Parteienblocks zum Rechtspopulismus...

die schleichende Entwicklung vom autoritären Sicherheitsstaat“ zu kaschieren, wie wir sie auf unserem 22. Parteitag analysiert haben [7].

Insgesamt unterliegt diese Variante antifaschistischer Strategie dem Irrtum, anzunehmen, der Faschismus käme von den Faschisten, statt vom Monopolkapital [8]. Infolgedessen wird die Kritik an „denen da oben“ den Rechten überlassen, die dann mit ihrer Politik gegen Sündenböcke vermeintliche Lösungen im Sinne restriktiver Handlungsstrategien anbieten können.

... und demokratischem Reformkampf

Dagegen bietet die Orientierung auf die Erkämpfung von Reformen auch den Verunsicherten und Abgehängten eine alternative Ausdrucksform für ihre Unzufriedenheit – und vor allem eine effektive alternative Handlungsmöglichkeit gegenüber den Sündenbockmanövern der Rechten. Ganz im Sinne einer antimonopolistischen Strategie werden hier antifaschistische Kräfte darauf orientiert, die Angriffe des Monopolkapitals abzuwehren, in seine Verfügungsmacht einzugreifen und somit die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zu verbessern. Damit birgt diese Strategie zudem das Potenzial, unmittelbar an die Machtfrage heranzuführen. Denn in der gegenwärtigen, zugespitzten Krisensituation muss davon ausgegangen werden, dass jede sozial- oder friedenspolitische Forderung, die die Verfügungsmacht der Monopolbourgeoisie innen- oder außenpolitisch auch nur minimal einschränkt, bereits die engen Verteilungsspielräume und strategische Beweglichkeit des imperialistischen Staatsapparats überfordern kann.

Die Gefahr: Mitte-Rechts-Eskalation

Genau dies zu verhindern oder im Ernstfall auch kompensieren zu können, ist wiederum die „besondere geschichtliche Funktion“ einer jeden faschistischen Bewegung [9] und nicht zuletzt der politische Zweck, den u.a. die AfD aktuell erfüllt. Sie dient dazu, das aus der permanenten Verletzung der Interessen der nicht-monopolistischen Schichten entstehende Protestpotenzial im Sinne des Monopolkapitals zu reintegrieren – allerdings im Rahmen einer alternativen Integrationsstrategie, die nicht mehr

einer im Lenin’schen Sinne „liberalen“ Herrschaftslogik folgt, sondern in neuer Qualität auf Repressionen setzt.

In dieser Funktion mobilisieren rechte Sammlungsbewegungen wie die AfD Wählerstimmen sowie die Massen im Netz und auf der Straße, um diese gegen die Regierung in Stellung zu bringen und Druck auszuüben – wie es ihr aktuell z.B. in der Flüchtlingsfrage gelingt. Und zwar durchaus erfolgreich, wie etwa der Vorstoß von Seehofer für eine repressive Migrationspolitik gezeigt hat: Die permanente Abschiebedrohung und die Schikanen der Behörden machen die Hunderttausenden vor imperialistischer Aggression geflüchteten Syrer, Afghanen und Iraker zu einem eingeschüchterten, recht- und wehrlosen Heer von Billigarbeitskräften. Dies verschärft nicht zuletzt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, was wiederum zu einer Zunahme von Unsicherheit sowie zu einer entsprechenden Unzufriedenheit mit der Regierung führt und dann erneut von der AfD aufgefangen werden kann. Damit kann dann die Eskalationsspirale von neuem beginnen. Reinhard Opitz hat sie deshalb einmal hilfswise als eine „Mitte-Rechts-Eskalation“ bezeichnet und analysierte damit den Untergang der Weimarer Republik [10].

Mit diesem Mechanismus lassen sich die verschiedenen „Vorbereitungsstapen“ einer faschistischen Diktatur, vor denen uns der Dimitroff seiner Zeit gewarnt hat, freilich nicht allein begründen; jedoch ist davon auszugehen, dass seine Relevanz im Zuge zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche größer werden wird.

#aufstehen für eine antifaschistische Handlungsalternative...

Wer dieses bedrohliche Potenzial der gegenwärtigen Eskalationsspirale richtig einzuschätzen weiß, ist z.B. der marxistische Politikwissenschaftler Ingar Solty von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er warnt eindringlich vor einer „historisch äußersten Gefahrensituation“ im Sinne eines drohenden faschistischen Übergangs: „Mit der Austeritäts- und Kriegspolitik der Herrschenden, die in Gestalt der europäischen Binnenmigration und Flüchtlingsaufnahme Wasser auf die Mühlen der äußersten Rechten ist, sind die Verhältnisse mittlerweile so ins Arge geraten und ist die Barbarisierung in einer Weise zu einer realistischen Be-

drohung geworden, dass die Linke die Machtfrage stellen muss“ [11].

Infolge seiner Analyse bezieht sich Solty positiv auf den „linken Cäsarismus“, womit er die Sammlungsbewegungen von Corbyn in Großbritannien oder Sanders in den USA meint und wozu er auch die entstehende Sammlungsbewegung um Sahra Wagenknecht zählt. Der Erfolg dieser Sammlungsbewegungen sei nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, „dass die Volksmassen mit ihnen eine reale Alternative mit realen Auswirkungen auf ihr Leben verbinden“.

Es ist der Fokus auf genau solche realen Alternativen mit spürbaren Auswirkungen für die Mehrheit der nicht-monopolistischen Schichten, der auch die Sammlungsbewegung *#aufstehen* auszeichnet. Und genau dies ist es auch, was diese Sammlungsbewegung nicht zuletzt zu einer aussichtsreichen antifaschistischen Strategie in Deutschland machen könnte: Sie bietet eine Perspektive für die Stärkung eines demokratischen Protestpotenzials, das geeignet ist, den nur symbolischen Ausdrucksformen der Rechten eine effektive Handlungsalternative entgegenzusetzen, mit der Chance, wirklich etwas zu verändern und im Sinne der nicht-monopolistischen Schichten Verbesserungen herbeizuführen.

... und eine klare antimonopolistische Orientierung

Und auch in einem weiteren Punkt verspricht die linke Sammlungsbewegung einen riesigen Fortschritt: In unserem Leitantrag haben wir analysiert, dass es den bisherigen Widerstandsbewegungen gegen die Offensive des Imperialismus (wie z.B. gegen TTIP oder CETA) „noch an Klarheit über den wirklichen Gegner“ mangelt [12]. Demgegenüber stellt die Initiative *#aufstehen* eine neue Qualität dar.

Ihre Gegnerorientierung erinnert in erfrischender Weise an jene Klarheit, die man lange Zeit nur noch von Flugblättern der SDAJ und der DKP kannte. Nur ein Beispiel: „Für ein gerechtes Land nehmen wir den Kampf gegen die Privilegien der globalen Konzerne auf wie gegen die Superreichen, die ihre Steuern hinterziehen und zugleich alle Vorteile eines friedlichen Gemeinwesens beanspruchen. Wir glauben nicht länger dem Märchen, dass es allen besser geht, wenn zuerst die Reichen noch reicher geworden sind“ [13].

Nun mögen diese Aussagen noch nicht in allen Feinheiten und bis ins

kleinste Detail dem letzten Stand der marxistischen Klassen- und Imperialismusanalyse entsprechen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, welchen Fortschritt an Klarheit selbst diese Unschärfen noch angesichts der Hegemonie des sog. „progressiven Neoliberalismus“ darstellen [14].

Erneuerung des linken Koordinatensystems

Vor diesem Hintergrund gleitet *#aufstehen* wie ein feiner Kamm durch den Wuschelschopf der Linken in unserem Land und zieht einen scharfen Scheitel zwischen zwei Lagern: Auf der einen Seite das Lager des Liberalismus und der kulturalistischen Identitätslinken, das sich im Bündnis mit dem Monopolkapital auf die Jagd nach den Feinden der „offenen Gesellschaft“ (Popper) in den traditionellen und rückschrittlichen „Milieus“ der nicht-monopolistischen Schichten begibt. Und auf der anderen das Lager der konsequent klassenpolitisch orientierten Linken, das darauf orientiert, die nicht-monopolistischen Schichten für ihre Interessen und gegen das Monopolkapital zu mobilisieren, also das Lager des Sozialismus bzw. zumindest der klassischen Sozialdemokratie.

Damit ist nicht nur das Projekt der „Mosaiklinken“ endgültig vom Tisch [15], sondern das ganze bisherige Koordinatensystem der Linken wird runderneuert. Nicht mehr die Linie zwischen „Reformist vs. Revolutionär“, zwischen „Fundi vs. Realo“ bzw. „Regierungsbeteiligung oder nicht“ trennt nunmehr die Spreu vom Weizen – was sich eindrucksvoll am Beispiel der eigenartigen Bündnisse studieren lässt, die sich z.B. innerhalb der Linkspartei mit Blick auf die Positionierung zu *#aufstehen* herausbilden. Die entscheidende Differenz ergibt sich nun aus der Frage: mit oder gegen das Monopolkapital?

Diese Schlussfolgerung ergibt sich nicht zuletzt aus der Analyse des Hauptwiderspruchs des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie wir sie auf unserem letzten Parteitag vorgenommen haben, nämlich dass „sich der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Stamokap als Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volksmassen“ entfaltet [16]. Das heißt nicht, dass die alten Trennungen im Koordinatensystem der Linken grundsätzlich obsolet geworden sind; sie gehen nur in der jetzigen Etappe des Klassenkampfes fehl, in der es unser allererstes strategische Ziel sein

muss, „die Offensive des Imperialismus zu bremsen und zu stoppen und zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen“ [17]. Eine Spaltung der antimonopolistischen Kräfte entlang der alten Trennlinien würde diesem Ziel entgegenstehen. Denn damit könnte das „qualitativ neue Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen und Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen“ sowie „ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen“ nicht erreicht werden, das wir bereits vor Jahren in unserem Parteiprogramm als notwendig eingeschätzt haben [18].

Aktuelle Fragen des Klassenkampfes...

Ausgehend von diesem neuen linken Koordinatensystem kommt es nun darauf an, in entscheidenden Fragen um Klarheit im Klassenkampf zu ringen. Dies betrifft nicht allein die antifaschistische Strategie. Und es betrifft auch nicht lediglich die Frage „offene Grenzen oder Begrenzung der Arbeitsmigration“ [19].

Nicht ohne Grund ist *#aufstehen* aus einem grundlegenden und tiefgreifenden Zerwürfnis innerhalb der Linkspartei hervorgegangen. Worum es hier geht, sind umfassende inhaltlich-strategische Differenzen, die sich allesamt entlang der Trennlinie „mit oder gegen das Monopolkapital“ einordnen lassen. Sie betreffen etwa zentrale Orientierungen in der Politik der Sozialreform: Für den Ausbau des Sozialstaats im Sinne stabiler Sozial-, Renten- und Gesundheitskassen oder für die Verschärfung der Spaltung der Arbeiterklasse auf Basis eines bedingungslosen Grundeinkommens?

In der Friedenspolitik betreffen sie die konsequente Gegenwehr gegen den US-Imperialismus (als Haupttreiber der Kriegsgefahr) und seine Unterstützer in der deutschen Bundesregierung – ohne sich dabei von der Demagogie der AfD ablenken zu lassen, die es den Herrschenden erlaubt, „gerade auch linken Protest mit dem Verweis auf eine angebliche ‚Querfront‘ als ebenfalls borniert nationalistisch zu delegitimieren“, wie wir es in unserem Leitantrag gerade im Wissen um die reale Gefahr, die diese Spaltungsversuche gegenwärtig in der Friedensbewegung darstellen, formuliert haben [20]. Sie betreffen hier weiter auch die conse-

quente Ablehnung der NATO-Strategie zur Einkreisung Russlands (und Chinas), von der heute die Hauptkriegsgefahr ausgeht. Nicht zuletzt deswegen haben wir uns auf unserem Parteitag von der „Äquidistanzthese“ distanziert, „nach der die aggressive NATO-Strategie und die Art, wie Russland sich dagegen verteidigt, auf eine Stufe gestellt werden“ [21]. Der Linkspartei ist diese Abgrenzung z.B. nicht gelungen.

In der nationalen Frage geht es hingegen nicht nur um die Anerkennung und Verteidigung der nationalen Souveränität unterdrückter Völker, wie in Syrien. Es geht hier auch um die richtige Haltung in den imperialistischen Zentren selbst – etwa hinsichtlich der Einschränkung der nationalen Souveränität der Bevölkerung unseres Landes durch die grundgesetzwidrige Stationierung von US-Atomwaffen und -Militärbasen auf deutschem Boden. Dazu gehört auch, die Bedeutung des Nationalstaats als entscheidendes Terrain im Klassenkampf für soziale Reformen hervorzuheben – statt zur Desorientierung des Widerstands beizutragen, indem man behauptet, „dass es keinen Spielraum für linke Politik im Rahmen des Nationalstaats“ geben könne [22].

Gegen einen solchen nationalen Nihilismus ist es sehr löblich, wenn prominente Vertreter von #aufstehen etwa den anti-nationalen Charakter des deutschen Großkapitals kritisieren [23]. Mit dieser Orientierung müssen wir schließlich auch die EU-Frage stellen. Hier haben wir auf dem Parteitag die richtige Orientierung gegeben, wenn wir im Leitantrag klarstellen, dass sich die EU nicht „in ein Instrument für eine soziale und progressive Politik verwandeln“ lässt und betonen, dass hier „der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souveränität... mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen“ ist [24].

... und die Rolle der DKP

Die DKP hat auf ihrem letzten Parteitag analysiert, dass die etablierten Parteien der bürgerlichen Demokratie an Integrationskraft verlieren und dass davon bislang vor allem die Rechtskräfte profitieren. Sie hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass die aktuelle Schwäche der antikapitalistischen Kräfte nicht bedeuten darf, auf den Kampf um demokratische und soziale Reformen zu verzichten: „Der Konfrontation mit der Macht des Monopolkapitals darf nicht ausgewichen werden, sondern auf sie muss orientiert werden“ [25].

Diese Analyse und diese Orientierung teilt die DKP unzweifelhaft mit den Initiatoren der #aufstehen-Bewegung. Und wir teilen das gemeinsame Ziel der Etablierung einer breiten außerparlamentarischen Bewegung für die sozialen und Friedensinteressen der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten in unserem Land.

Im Leitantrag haben wir auch festgehalten, dass es unsere Aufgabe als Kommunistische Partei ist, z.B. den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Krieg zu vermitteln. Diese Aufgabe und auch andere Aufgaben, wie etwa die Vermittlung der Einsicht, dass es keine tiefgreifenden Veränderungen „ohne Eingriffe in die Macht und Eigentumsfrage des Großkapitals“ geben wird oder die Herausforderung, „die Selbsttätigkeit, Organisiertheit, Bewusstheit und Kampfkraft der heutigen unteren Klassen und Schichten“ zu stärken [26] – alle diese Aufgaben sind unsere Aufgaben im Klassenkampf; sind die Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten und nicht ihrer sozialdemokratischen Bündnispartner im Kampf gegen das Monopolkapital. Und es gehört zu unserer Verantwortung gegenüber der Klasse und der Beanspruchung der Avantgarde-Rolle, dass wir gewissenhaft prüfen, inwiefern die #aufstehen-Bewegung ein geeignetes Feld ist, auf dem wir unserer Rolle und unseren Aufgaben gerecht werden können. Was wir aber nicht machen dürfen, ist, unsere Aufgaben im Klassenkampf zu verwechseln mit den Kriterien, anhand derer wir die #aufstehen-Bewegung bewerten, um sie dann als „reformistisch“ (oder schlimmeres) abzuqualifizieren. Dies käme einem Ausweichen vor unserer eigenen Verantwortung gleich.

Neuer Möglichkeitsraum für eine antimonopolistische Bewegung

Die bisherigen Ausführungen haben veranschaulicht, was den besonderen Charakter von #aufstehen auszeichnet. Auch wenn der Gründungsaufruf in vielen Aspekten sehr allgemein gehalten ist, zeichnen sich viele ihrer Initiatoren und Protagonisten in den gegenwärtig ent-

scheidenden Fragen des Klassenkampfes durch eine große inhaltliche Klarheit aus. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele dieser Fragen in der Bewegung selbst umkämpft sein werden (wie sie es innerhalb der DKP ja auch sind) oder darüber, dass es nicht zuletzt das Führungspersonal dieser Bewegung selbst ist, das Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus hegt. Dennoch: #aufstehen eröffnet einen neuen Möglichkeitsraum für die Etablierung einer antimonopolistischen Bewegung in unserem Land – für den Kampf gegen Rechts und für eine Politik des Friedens und der Abrüstung, für demokratischen und sozialen Fortschritt. Die DKP täte gut daran, ihren Teil zur Realisierung dieses Möglichkeitsraums beizutragen, schon allein, um daraus für die kommenden Kämpfe zu lernen.

Mit unserer gegenwärtigen und erfolgreichen Orientierung auf das Sammeln von Unterschriften für die Kam-



pagne der Friedensbewegung *Abrüsten statt Aufrüsten* haben wir einen realistischen Anknüpfungspunkt, um überall vor Ort mit unserer Erfahrung und Kompetenz den Interessenten von #aufstehen ein konstruktives Angebot zu machen, gemeinsam in die Aktion zu kommen und darüber hinaus zu lernen, unseren Aufgaben und unserer Rolle als Kommunistische Partei gerecht zu werden. Dabei geht es nicht darum, dieser Bewegung nur „hinterherzutrablen“, sondern darum, selbstbewusst mit unseren eigenen inhaltlichen Positionen einzugreifen und um die richtige Orientierung in den aktuellen Fragen des Klassenkampfes zu ringen. Dies ist die Lehre, die wir als Partei aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunismus um Mayer und Jürgensen in unseren eigenen Reihen zu ziehen haben – und nicht etwa, dass wir jetzt nur noch sektiererisch „unser eigenes Süppchen“ kochen.

Unser Vorteil gegenüber allen anderen, bürgerlich-fortschrittlichen oder sozialdemokratischen Kräften besteht darin, dass wir eben kein taktisches Verhältnis zum Reformkampf haben. Deswegen steht unser Engagement für den Aufbau und die Stärkung einer antimonopolistischen Bewegung eben auch nicht im Widerspruch zur Aufgabe der Stärkung der DKP. Im Gegenteil, es ist ein Weg genau dorthin. Oder hat etwa die erfolgreiche Sammlung von über 30.000 Unterschriften in knapp sechs Monaten für die Kampagne *Abrüsten statt Aufrüsten* zu einer Schwächung unserer Partei geführt? In diesem Sinne: #aufstehen, b

Quellen und Anmerkungen

- [1] Raus aus der Wagenburg. Gastkommentar von Marco Bülow, Sevim Dagdelen und Antje Vollmer, spiegel.de; 04.08.18.
 [2] Aufstehen für ein gerechtes Land. Gastkommentar von Sahra Wagenknecht und Bernd Stegemann, nwzonline.de; 07.08.18.
 [3] Vgl. Jürgen Lloyd (2016): Kommunistische Bündnispolitik ausgehend von den Erkenntnissen

- des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, news.dkp.de; 07.06. 2016 und Kurt Baumann (2016): Anforderungen an die antifaschistische Politik der DKP, in: TuP #42, November 2016.
 [4] „AfD-Wähler sind keine Rassisten“, Interview mit Sahra Wagenknecht in der FAZ-Sonntagszeitung vom 12.08.18.
 [5] Werner Seppmann (2018): Der Reflex der Bedrängten, in: jW vom 05.09.18.
 [6] Didier Eribon (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin, S. 124.
 [7] Leitantrag: Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen. DKP-Informationen, #3/2018, hier: S. 15.
 [8] Vgl. Jürgen Lloyd, a.a.O.
 [9] Reinhard Opitz (1984): Faschismus und Neofaschismus. Frankfurt/Main, S. 240.
 [10] Reinhard Opitz (1969): Gedanken zum Thema „Formierung und Faschismus“, in: Ders., Liberalismus. Faschismus. Integration. Edition in drei Bänden. Hrsg. von Ilina Fach und Rainer Rilling, 1999, Marburg, Bd. 2, S. 134.
 [11] Ingar Solty (2018): Die Machtfrage stellen! Cäsaristische Sehnsüchte und linkes Unbehagen, in: *analyse & kritik*, #639, 19.06.2018.
 [12] Leitantrag, a.a.O., S.12.
 [13] Wagenknecht/Stegemann, a.a.O.
 [14] Nancy Fraser (2017): Für eine neue Linke oder: das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*,

#2/2017.

- [15] Andreas Wehr (2018): Klarheit vor Sammlung, rubikon.news, 26.01.18.
 [16] Leitantrag, a.a.O., S.4.
 [17] Ebd., S.19.
 [18] Zit. n. ebd., S.17.
 [19] Hier lenkt die allgemeine Hysterie in der Linken oftmals davon ab, dass es gerade die als „rassistisch“ diffamierte Position von prominenten Vertretern von #aufstehen, wie z.B. Sevim Dagdelen (immerhin jahrelang Mitglied im Bundesvorstand von DIDF und Mitbegründerin des Bundesverbands der Migrantinnen in Deutschland) ist, die auf der Grundlage eines klaren Klassen- und antiimperialistischen Standpunktes argumentiert. Vgl. z.B.: „Wir sind von dem großen Zuspruch überwältigt“, Interview mit Sevim Dagdelen, moz.de, 13.08.18. Grundlegend: Andreas Wehr (2018): Billige Arbeitskräfte und Kampf um die besten Köpfe: Die Ökonomie der Migration und das Versagen der Linken, andreaswehr.eu, 25.06.18.
 [20] Leitantrag, a.a.O., S.15.
 [21] Ebd., S. 13.
 [22] #aufstehen - in der Spaltung liegt eine Chance!, blog.interventionistische-linke.org, Abruf: 29.09.18.
 [23] Bülow/Dagdelen/Vollmer, a.a.O.
 [24] Leitantrag, a.a.O., S.14.
 [25] Ebd., S.18.
 [26] Beate Landefeld (2018): Linke Machtoption?, UZ vom 10.08.18.

SCHWERPUNKT

Andreas Wehr

DER HAUPTFEIND SIND DIE USA! *

Friedensbewegung und politische Linke streiten über die Bewertung der gegenwärtigen Weltlage. Es geht um die Frage, ob wir es weiterhin mit einem imperialistischen Weltsystem zu tun haben, in dem die USA die entscheidende imperiale Macht sind, oder ob diese Vormachtstellung von einem Weltsystem mehrerer imperialistischer Staaten abgelöst wurde. In einem solchen multipolaren System käme vor allem Deutschland die Rolle einer aufstrebenden, langfristig sogar auf gleicher Stufe mit den USA stehenden Macht zu. Verbunden wird diese Annahme häufig mit Warnungen vor einem „Vierten Reich“ beziehungsweise einem neuen deutschen Faschismus.

Politische Bedeutung erlangte diese Kontroverse in der Auseinandersetzung um die sogenannten Montagsmahnwachen. Ihnen wurde unterstellt, die Bedeutung der USA zu überschätzen und damit zugleich die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu verharmlosen. In der von den Montagsmahnwachen kritisierten Abhängigkeit Deutschlands von der

Vormacht USA wird eine bedenkliche Nähe zur äußersten Rechten gesehen, für die die Bundesrepublik nur ein Vasallenstaat der USA sei. Aus dieser unterstellten Nähe zwischen Rechts und Links speist sich auch der Vorwurf der „Querfront“, der gegenüber den Montagsmahnwachen von verschiedenster Seite erhoben wird.

[1] Praktische Bedeutung gewinnt dieser Streit regelmäßig bei den Vorbereitungen der jährlichen Proteste vor dem deutschen Luftwaffenstützpunkt Büchel auf dem US-Atombomben lagern und vor der US-Air Base Ramstein. Den Verantwortlichen für die Proteste wird von einem Teil der Friedensbewegung regelmäßig der Vorwurf gemacht, sich zu stark auf die von den US-Truppen ausgehenden Gefahren zu konzentrieren und dabei die Rolle Deutschlands zu verharmlosen.

Der andauernde Kalte Krieg

Bei einer Bewertung dieser Kontroversen ist von der heutigen Weltsituation auszugehen. Zu fragen ist, was die Ur-

sachen für die politischen Spannungen sind, die immer wieder zu regionalen Kriegen führen und die das Potential zu einem neuen großen Krieg, zu einem 3. Weltkrieg, in sich tragen. Zu fragen ist danach, wer vor allem für diese Spannungen verantwortlich zeichnet.

Es ist eine Tatsache, dass wir uns weiterhin in einer Phase des Kalten Krieges befinden. 1946/47 hatte er mit der Verkündung des Ziels des „roll backs“, der Rückgängigmachung der Erfolge der progressiven und sozialistischen Bewegungen in Osteuropa und in Ostasien, begonnen.[2] Für einen kurzen historischen Moment, in den Jahren nach der Zeitenwende 1989/91, schien es zwar so, dass dieser Kalte Krieg mit dem Untergang der Sowjetunion und des von ihr dominierten Staatensystems des europäischen Sozialismus zu Ende gegangen sei. Man sprach vom Beginn eines neuen „Goldenen Zeitalters“ und erwartete den zügigen Abbau der Hochrüstung nicht allein im Osten sondern auch im Westen. Man hoffte auf eine „Friedensdividende“, die

fortan für die Lösung der drängendsten sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit zur Verfügung stehen würde. Es war die Zeit, als US-amerikanische Berater im Kreml ein- und ausgingen und Russland unter Präsident Boris Jelzin als Teil des Westens angesehen wurde.

Doch bereits Ende der neunziger Jahre änderte sich die Situation. Russland begann sich gegen allzu dreiste Versuche westlicher Konzerne zu wehren, die Bodenschätze des Riesenlandes für sich zu reklamieren. Und es wandte sich gegen die offene Missachtung seiner außenpolitischen Interessen. Sichtbar wurde dies erstmals im Protest gegen den Angriff der NATO 1999 auf die mit Moskau politisch und kulturell verbundene Bundesrepublik Jugoslawien. Vor allem die Herauslösung des Kosovo aus dem jugoslawischen Staatsverband und damit die von der NATO militärisch betriebene Abspaltung von Serbien wurden von Moskau verurteilt. Nach dem Wechsel im russischen Präsidentenamt von Jelzin zu Putin im Jahr 2000 war die Entfremdung nicht mehr zu übersehen. Die von Putin seitdem verfolgte Strategie der Sicherung bzw. des Wiederaufbaus der Staatlichkeit des Landes und hier vor allem die Anstrengungen zur Wiederherstellung der Kontrolle über die Rohstoffvorkommen lag und liegt nicht im Interesse der westlichen imperialistischen Staaten, vor allem nicht dem der USA.

Heute wird offen über eine Rückkehr des Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen gesprochen. Doch tatsächlich ist er niemals beendet worden. Die Abrüstungsdividende ist ausgeblieben. Die Ausgaben für Rüstung liegen inzwischen weltweit sogar auf einem höheren Niveau als vor der Wende 1989/91, und die Gefahr eines globalen Krieges wird weiterhin als hoch eingeschätzt.

Der Kampf der USA gegen Russland und China

Wir haben es daher mit einer Wiederaufnahme des Kampfes um die Beherrschung der Welt durch den Westen, und hier vor allem durch die USA zu tun. Was Russland angeht, so war dieser Kampf nur für die kurze Periode von zehn Jahren unterbrochen, einer Zeit in der man vom andauernden totalen Triumph des Westens ausging und man das „Ende der Geschichte“, wie es Francis Fukuyama formulierte, als gekommen ansah.

Neben dem Gegner Russland als Erbe und Nachlassverwalter der Sowjetunion trat China als neue globale Herausforderung hinzu. Gegenüber diesem Land beendeten die USA bereits 1989 ebenfalls

eine Phase der vorübergehenden Kooperation, die Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts begonnen hatte. Damals gelang es den USA, den ideologischen Streit der zwei sozialistischen Staaten geschickt für sich zu nutzen, um sie gegeneinander auszuspielen und auf diese Weise mit Hilfe von China die Sowjetunion unter Druck zu setzen. Im Gegenzug dazu wurden dem Reich der Mitte der Zugang zu den internationalen Märkten weit geöffnet, und China wurde zum bevorzugten Ziel ausländischer Direktinvestitionen. Das Ergebnis dieser Öffnung war ein beispielloser Entwicklungsschub, der das Land in die Spitzengruppe beförderte und es wird erwartet, dass in nicht allzu ferner Zukunft China die weltgrößte Volkswirtschaft noch vor den USA sein wird.

Dieser Aufstieg bedeutet für die USA eine besondere Herausforderung, vollzieht er sich doch unter Führung einer Kommunistischen Partei und damit unter sozialistischem Vorzeichen. Die Hoffnungen Washingtons, dass es auch dort, wie in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen europäischen Staaten zu einem Kollaps der Herrschaft der KP kommen werde, hatten sich mit der Niederschlagung der gewaltsamen Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Frühjahr 1989 nicht erfüllt. In Reaktion auf diese erfolgreiche Selbstbehauptung behandeln die USA und andere Staaten des Westens das Land seitdem wieder als ein feindlich gesonnenes. Man belegte es mit Sanktionen vor allem beim Zugang zu sicherheitspolitisch als relevant eingeschätzten Gütern und Dienstleistungen, und man begann erneut, wie bereits in der Zeit vor Übernahme des China zustehenden Sitzes im UN-Sicherheitsrat durch die Volksrepublik im Jahr 1971, die territoriale Integrität des Landes in Frage zu stellen. So kehrte der Westen zu der in den fünfziger Jahren offen betriebenen Unterstützung separatistischer Bestrebungen in Tibet zurück. Mit der forcierten Aufrüstung der Insel Taiwan und der Aufwertung der dortigen Regierung durch die USA wird die einstmals auch von Washington anerkannte Ein-China-Politik in Frage gestellt. US-Präsident Donald Trump hat sogar gestattet, dass US-Diplomaten auf allen Hierarchiestufen der Insel Besuche abstatten dürfen.

Es geht um die Rückgängigmachung der Erfolge der antikolonialistischen und antiimperialistischen Erfolge

Das Vorgehen des Westens unter Führung der USA gegen Russland und

China und der Versuch ihrer Domestizierung zielen auf die Einengung ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spielräume. Es stellt daher eine Bedrohung aller sich von imperialistischer Vorherrschaft emanzipierenden Staaten und Völker dar. Davon betroffen sind insbesondere die aus Sicht der USA unbotmäßigen Länder Iran, Syrien, Venezuela, Kuba und Nordkorea. Diese Staaten sind aber auf die Demokratisierung der Weltinnenpolitik durch die UN-Sicherheitsratsmitglieder Russland und China angewiesen. Sie profitieren von deren politischer, ökonomischer und militärischer Unterstützung bei der Sicherung ihrer eigenständigen Entwicklungswege.

Dem Westen geht es heute nicht mehr um die territoriale Beherrschung der Länder der Dritten Welt. Mit der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Kampf um die Befreiung auf das Gebiet der Ökonomie verlagert: „Die Dritte Welt, die Gesamtheit der Länder, die eine mehr oder weniger lange Periode der kolonialen oder halbkolonialen Herrschaft hinter sich haben, ist vom politisch-militärischen Stadium des nationalen Befreiungskampfes zum politisch-ökonomischen übergegangen.“[3]

Die Politik des Westens unter Führung der USA zielt darauf ab, diese politisch-ökonomische Befreiung der Dritten Welt zu blockieren bzw. rückgängig zu machen. Dem dienen alle Bestrebungen, die „Spielregeln“ der internationalen Ökonomie allein vom Westen bestimmen zu lassen. Dafür bedient man sich vor allem der in Washington ansässigen Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds.

Mit der europäischen Integration sollen die Kräfte der europäischen Nationalstaaten gebündelt werden, um als Juniorpartner der USA die Weltmachttrolle des alten Kontinents zu erhalten bzw. wiederherzustellen.[4] Dabei sucht die Europäische Union den Schulterchluss mit den USA, etwa in der Vereinbarung über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP, das nach der früheren US-Außenministerin Hillary Clinton als „Wirtschafts- NATO“ konzipiert ist. Zwar wurden die Verhandlungen darüber unter Donald Trump abgebrochen, aber ihre Wiederaufnahme ist jederzeit möglich.

Der ökonomischen Kriegsführung des Westens dienen die Wirtschaftssanktionen, die in einem Ausmaß gegenüber unterschiedlichsten Staaten verhängt wurden, das in der Geschichte seines-

gleichen sucht. Zu den schon seit Jahren in Kraft befindlichen Sanktionen der USA gegenüber Kuba, China (bei militärischen Gütern und Dienstleistungen sowie gegenüber Unternehmen, denen Verbindungen mit Nordkorea vorgeworfen wird), Belarus, Nordkorea und Syrien traten neue gegenüber Russland, Venezuela, Nicaragua und Bolivien. Im Fall des davon besonders betroffenen Irans kehren die USA unter Trump nach nur kurzer Unterbrechung zu dieser Praxis zurück.

Auch die Staaten der Europäischen Union nutzen das Mittel der Sanktionen, um andere Staaten botmäßig zu machen oder zu bestrafen. So beteiligt sich die EU an den unter verschiedensten Vorwänden verhängten Sanktionen gegenüber Russland. Einige Länder der Union, wie Großbritannien und Polen, verlangen noch darüber hinausgehende Maßnahmen gegen Moskau.

Die Sanktionen stehen in ihren verheerenden Wirkungen militärischen Einsätzen kaum nach. So wurde der Iran um Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen. Russlands Wirtschaft erlitt aufgrund der jüngst immer fester angezogenen Sanktionsschraube einen starken Einbruch. Zu einer tödlichen Waffe wurden die Sanktionen vor allem gegen den Irak unter Saddam Hussein. Sie waren für den Tod allein von Hunderttausenden Kindern verantwortlich.

Die ungebrochene militärische Hegemonie der USA

Auch wenn die Länder des Westens sich immer häufiger und immer aggressiver des Mittels der Sanktionen bedienen um ihre Interessen durchzusetzen, so bleibt die militärische Überlegenheit weiterhin die entscheidende Grundlage der Hegemonie des Westens. Es ist der „Big Stick“, der am Ende zählt. Und den halten die USA in der Hand. Darauf begründen sie seit 1945 ihre einzigartige Stellung in der Welt. Und so sind denn sie es, die über Krieg und Frieden entscheiden.

Damit es so bleibt, investieren die Vereinigten Staaten Jahr um Jahr ungeheure Mittel in ihr Militär. 2017 waren es nach Angaben des Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) nicht weniger als 610 Milliarden Dollar und damit mehr als die sieben nächst größten Nationen auf diesem Gebiet zusammen. Erst mit großem Abstand folgen China mit 228 Milliarden Dollar und Saudi-Arabien mit fast 70 Milliarden Dollar. Das in der westlichen Welt als aggressive und kriegslüsterne Macht dargestellte Russland kommt hingegen nur auf 66 Milliarden Dollar auf Platz drei. Und als einzige große Militärmacht

vermeldete Russland sogar ein Absinken des Wehretats um nicht weniger als 20 Prozent gegenüber 2016, was nicht zuletzt der Wirtschaftskrise des Landes als Ergebnis der verschärften Sanktionspraxis geschuldet ist. Das von einigen bereits als künftige Weltmacht angesehene Deutschland kommt mit 44 Milliarden Dollar auf Platz neun in der Rangfolge. Davor liegen noch Indien, Frankreich, Großbritannien und Japan.

Zur Sicherung ihrer militärischen Macht und zur Gewährleistung der jederzeit möglichen Kriegführung haben die USA die gesamte Welt mit einem dichten Netz von Militärstützpunkten überzogen. Washington nennt offiziell 761 Stützpunkte, unabhängige Beobachter gehen dagegen von etwa 1.000 aus, da auch Camps und Flugfelder hinzugechnet werden müssen, die über keine ständige Besatzung verfügen, die aber schnell in Dienst genommen werden können. Kein anderes imperialistisches Land des Westens kann da auch nur annähernd mithalten.

Noch größer ist der Abstand gegenüber den amerikanischen Rivalen. China verfügt nur über einen einzigen Militärstützpunkt außerhalb des Landes. Im ostafrikanischen Dschibuti unterhält es eine kleine Marinebasis, die vornehmlich der Versorgung der chinesischen Blauhelmtruppen und der logistischen Hilfe chinesischer Unternehmen in Afrika dient. Russland unterhält in Syrien die Basen Tartus und Latakia. Weitere russische Stützpunkte bestehen in einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Eindeutig ist die Überlegenheit der USA auch zur See. Ihre Flotten beherrschen alle Weltmeere und erweisen sich damit als würdige Nachfolger der einstigen Seemacht Großbritannien. Elf Flugzeugträger sind in Betrieb, einer befindet sich im Bau, ein weiterer in der Planung. Zum Vergleich: Russland und China verfügen nur jeweils über einen.

Diese gewaltige Militärmacht gestattet es den USA, im Bündnis mit anderen westlichen Staaten die als feindlich angesehenen Länder Russland und China einzukreisen, möglichst dicht an ihre Grenzen vorzurücken und sie damit unter Druck zu setzen. So wurde die NATO bis an die russischen Westgrenze vorgeschoben, und es wurden Truppen und Raketen des Bündnisses nach Polen und in das Baltikum gebracht.

China ist mit einem „Eisernen Gürtel“ der USA umgeben, der von Südkorea über Japan, Taiwan bis nach Australien reicht. Auf der japanischen Insel

Okinawa befindet sich, unmittelbar der chinesischen Metropole Schanghai vorgelagert, einer der größten Auslandsstützpunkte der USA.

Wer führt die Kriege?

Die USA nutzen diese gewaltige Militärmacht nicht nur zur Abschreckung und zur Drohung. Sie sind auch jederzeit bereit, sie einzusetzen. Bereits während des Kalten Krieges haben sie immer wieder zum Mittel des Krieges gegriffen, wenn es ihnen angebracht erschien. Es sei nur an die Kriege in Korea und Vietnam erinnert.

Mit dem Untergang der Sowjetunion entfiel alle Rücksichtnahme auf die Interessen einer zweiten Großmacht und die Zeit nach der Wende 1989/91 ist eine ununterbrochene Abfolge kleinerer wie größerer militärischer Interventionen weltweit. Genannt seien hier nur die Angriffe auf Panama, den Irak (gleich zweimal), die Bundesrepublik Jugoslawien, Afghanistan, Libyen und Syrien. In einer Reihe weiterer Länder waren und sind Spezialkräfte, militärische Berater und angeworbene Söldner im Einsatz.

Obwohl die Vereinigten Staaten auf all diesen Schlachtfeldern die politisch und militärisch führende und entscheidende Rolle wahrnehmen, gehört es zu ihrem Prinzip, nicht allein sondern immer in einem möglichst breiten Bündnis zusammen mit anderen Staaten zu agieren. Eine Mandatierung ihres Vorgehens durch die UN ist aufgrund des Widerstands Chinas und Russlands im Sicherheitsrat heute kaum mehr erreichbar. Häufiger gewählt wird daher der Rahmen der NATO, nach Möglichkeit erweitert um Staaten von außerhalb wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Aber auch verbündete Länder des Mittleren Ostens wie Saudi-Arabien und Jordanien oder aus Mittel- und Südamerika werden hinzugenommen. So sollen die Kriege der USA als solche eines möglichst einheitlich auftretenden Westens erscheinen. Kein Land ist zu klein, um zumindest mit seiner Flagge und einer Handvoll Soldaten dabei zu sein.

Die Rolle der übrigen imperialistischen Länder des Westens

Wenn die USA die entscheidende imperiale Macht sind, deren militärische Überlegenheit Grundlage für ihre Weltherrschaft ist, in welchem Verhältnis stehen nun die übrigen imperialistischen Mächte, wie etwa Deutschland zu ihnen?

Für den italienischen Historiker und Philosophen Domenico Losurdo steht

fest: „Die europäischen und asiatischen Verbündeten mögen Protagonisten schändlicher Kolonialkriege sein, doch nur unter der Bedingung, den Großen Bruder nicht herauszufordern; mögen sie sich auch mit ihrer angemessenen Überlegenheit über die 'Barbaren' brüsten, bleiben sie dennoch, wenn schon nicht 'Vasallen', so doch subalterne Partner der Vereinigten Staaten.“[5]

Die heutige Situation unterscheidet sich daher grundlegend von der Lage zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Damals war die Situation bestimmt durch das Ringen mehrerer imperialistischer Staaten: des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens, Russlands, Italiens und Österreich-Ungarns. 1917 kamen die USA hinzu. Ihr Kriegseintritt sollte entscheidend für den Ausgang des Krieges werden. Sie stiegen zur Weltmacht empor. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie die alles entscheidende westliche Macht. Mit dem Untergang der Sowjetunion sind die USA die einzige Supermacht.

Über die Widersprüche zwischen imperialistischen Ländern

Die Hegemonie einer einzigen Supermacht führt aber nicht zur Aufhebung jeglicher zwischenimperialistischer Widersprüche. Gegenwärtig werden wir Zeugen wie unter der Präsidentschaft von Donald Trump die Machtverhältnisse innerhalb des Westens neu bestimmt werden. Unter der Parole „America first“ werden enge Verbündete wie Deutschland, Japan und Süd-Korea vor den Kopf gestoßen. Ihre traditionellen auf Export und hohe Außenhandelsüberschüsse ausgerichteten Wirtschaftsmodelle werden durch die Androhung von Strafzöllen infrage gestellt. Grundlegend gewandelt hat sich auch die traditionelle Unterstützung der europäischen Integration durch die USA. Unter Trump wird sie nicht länger mehr gefördert sondern als Konkurrenz wahrgenommen. So wurden die USA aus einem Gegner des britischen Austritts aus der EU unter Barack Obama zu einem Befürworter des Brexits unter Donald Trump.

Zu konstatieren ist eine Wende in den internationalen Beziehungen. Auf eine lange Phase der Kooperation und des Interessensausgleichs innerhalb des westlichen Lagers, in der die USA den Aufstieg von Wirtschaftsmächten wie Japan, Südkorea und Deutschland nicht nur geschehen ließ sondern sogar förderte, folgt jetzt eine Zeit, in der der

Führungsanspruch der Vereinigten Staaten auch ökonomisch wieder geltend gemacht wird. Hierzu gehört auch die Auferlegung höherer Rüstungslasten für die europäischen NATO-Staaten. Damit will Washington die Aufwendungen für sein Engagement auf dem europäischen Kontinent reduzieren, um so mehr Mittel für die Eindämmung Chinas im pazifischen Raum zur Verfügung zu haben.

Die europäischen NATO-Staaten sind aber nicht nur mit Forderungen nach höheren Ausgaben für ihre Rüstungen kon-



frontiert. Das von ihnen bisher bereitwillig mitgetragene System von Sanktionen gegen zu disziplinierende Drittstaaten erweist sich für sie immer häufiger als Bumerang, denn mit Hilfe des Prinzips der Exterritorialität gelingt es den US-amerikanischen Justizbehörden, den Wirkungskreis der von der eigenen Regierung verhängten Sanktionen auch auf Unternehmen und Banken in anderen Staaten auszuweiten. Auf diese Weise werden etwa die Wirtschaftsbeziehungen europäischer Unternehmen mit Russland, Kuba und dem Iran massiv geschädigt.

Um die sich verändernde Situation verstehen zu können, ist es hilfreich sich an die Lage der westeuropäischen Länder nach Ende des zweiten Weltkrieges zu erinnern. Damals griffen die als Befreier vom deutschen Faschismus gekommenen USA recht bald in Frankreich, Italien und anderen Ländern ungeniert in die Innenpolitik dieser Länder ein, um eine Linkswende durch die Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien zu unterbinden.[6]

Anknüpfend an eine Rede des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) Palmiro Togliatti aus dem Jahr 1951 zieht Domenico Losurdo für die heutige Situation folgende Schlussfolgerung: „Den Imperialismus kennzeich-

net nicht nur die Feindschaft gegen das sozialistische Lager und die antikoloniale Revolution; weil zu seiner Charakteristik das Streben nach Hegemonie gehört, kann der Imperialismus auch die koloniale oder halbkoloniale Unterwerfung von (hier zitiert Losurdo Togliatti, A.W.) 'unabhängigen und, wie Frankreich und Italien, auch kapitalistisch entwickelten Ländern' mit sich bringen, sogar eines Landes wie Frankreich, das 1951 noch über ein großes Kolonialreich verfügte. Der Widerspruch zwischen kapitalistisch

entwickelten Ländern ist nicht notwendigerweise und ausschließlich ein zwischenimperialistischer Widerspruch, er kann auch ein Widerspruch zwischen einem besonders mächtigen und aggressiven Imperialismus und einer potentiellen Kolonie oder Halbkolonie sein. Es wäre eine unzulässige Verharmlosung des Imperialismus anzunehmen, dieser scheue a priori zurück vor der Umwandlung eines 'entwickelten kapitalistischen' Landes in eine Kolonie oder Halbkolonie.“[7]

Deutschland als eine abhängige europäische Hegemonialmacht

Der Verweis auf das Schicksal Frankreichs nach Kriegsende, das Anfang der fünfziger Jahre von den USA als eine Halbkolonie behandelt wurde, obwohl es seinerzeit doch noch über ein großes Kolonialreich verfügte, gibt einen Hinweis auf die Rolle des heutigen Deutschlands. Es regiert zwar nicht über ein Kolonialreich, doch ist es innerhalb der Europäischen Union ohne Zweifel eine Hegemonialmacht, indem es Berlin gelingt, den übrigen 27 Mitgliedsstaaten das deutsche Modell der wirtschaftlichen Austerität aufzuzwingen. Und gegenüber den in der Eurokrise zu Schuldner gegenüber den anderen Euroländern gewordenen

Staaten Irland, Portugal, Zypern und vor allem Griechenland nimmt Deutschland tatsächlich die Rolle einer Hegemonialmacht ein, indem es mit Hilfe der Kommission, des Stabilitätsmechanismus und der Europäischen Zentralbank offen in die Innenpolitiken dieser Länder interveniert.

Und doch ist der außen- und vor allem der verteidigungspolitische Spielraum Berlins auf Weltebene sehr begrenzt, befindet es sich doch hier in direkter Abhängigkeit vom Agieren des Großen Bruders USA.

Die EU bietet keine Alternative

Angesichts der Unsicherheit über den weiteren Weg der USA unter Präsident Trump setzen deutsche Politik und Medien große Hoffnungen in die Entwicklung einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Bundeskanzlerin Merkel reagierte auf die neue Lage nach der Wahl von Trump mit den unbeholfenen Sätzen: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück weit vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen. Natürlich in Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.“[8] Worte, die es immerhin bis in das CDU/CSU-Programm für die Bundestagswahlen schafften.

Im November 2017 einigten sich 23 der 28 Mitgliedstaaten auf eine *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit* in Verteidigungsfragen.[9] Nicht dabei sind – neben Großbritannien und Dänemark, die aufgrund einer Bestimmung des Vertrags von Maastricht nicht an der militärischen Kooperation teilnehmen – Irland, Portugal und Malta. Das wichtigste Ziel der Vereinbarung ist die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung sowie bei der Rüstungsbeschaffung. Dafür wird ein Europäischer Verteidigungsfonds gegründet, der 2019 und 2020 mit insgesamt 500 Millionen Euro ausgestattet werden soll.

Es ist jedoch zu bezweifeln, dass damit der Durchbruch bei der Begründung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion auch in der Realität erreicht wurde, wie euphorisch von der Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen verkündet wurde. Eine europäische Armee kommt damit noch lange nicht in Sicht: „Nichts gibt ein Staat unwilliger aus der Hand als seine Verteidigung, denn hier kann es im Ernstfall ums nackte

Überleben gehen. Dass in der EU auf diesem Feld seit Jahren nur Trippelschritte möglich sind, hat viel damit zu tun, dass kein Land die Entscheidung über Krieg und Frieden nach Brüssel delegieren will, nicht einmal das so integrationsfreundliche Deutschland.“[10]

Die traditionelle Uneinigkeit der Mitgliedstaaten der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zeigte sich erneut bei der unterschiedlichen, ja sogar gegensätzlichen Reaktion auf die von den USA geführten Raketenangriffe auf Syrien im April 2018. Zwei EU-Länder, Frankreich und Großbritannien, beteiligten sich am Angriff, mehrere Länder, darunter auch Deutschland, äußerten ihr Einverständnis, andere, darunter die nicht der NATO angehörenden, nahmen ihn lediglich zur Kenntnis.

Die Entwicklung einer handlungsfähigen Außen- und Sicherheitspolitik der EU wäre aber alles andere als wünschenswert, denn damit würden den Mitgliedstaaten wichtige Souveränitätsrechte genommen werden. Sie könnten dann nicht mehr eigenständig über Krieg oder Frieden entscheiden. Eine militärische Weltmacht Europa würde zudem die westliche Überlegenheit in der Welt gefährlich verstärken. Die USA würden mit der EU dann auch einen militärisch handlungsfähigen Partner erhalten, mit dessen Unterstützung sie die Einkreisungspolitik gegenüber Russland und China noch effektiver betreiben könnten.

Wer ist der Hauptfeind?

In der deutschen Linken und auch in der Friedensbewegung fehlt weitgehend das Bewusstsein über die Ursachen der sich gegenwärtig gefährlich zuspitzende Weltlage. Es wird wohl die Kriegsgefahr gesehen, aber die dafür Verantwortlichen werden nicht hinreichend klar benannt. Oft werden Trump, Merkel, Putin, Xi Jinping unterschiedslos dafür verantwortlich gemacht. So geschehen etwa aus Anlass der Proteste gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg.[11]

Zur Charakterisierung der heutigen Lage wird oft die Aussage von Karl Liebknecht aus dem Jahre 1915 zitiert: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Was seinerzeit eine richtige Formulierung war, da sie den deutschen Imperialismus als Hauptverantwortlichen für den ersten Weltkrieg benannte, führt aber heute zu Desorientierung und zielt auf die Zerstörung jeglichen Antimperialismus. Nicht zufällig ist denn auch die Parole vom „Hauptfeind“ Deutschland fester Bestandteil jeder antideutschen Ideologie.[12]

Der antiimperialistische Kampf aber muss sich in erster Linie gegen die USA richten, denn sie sind der Hauptfeind

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Mit dem Artikel „Formierte Gegenauflösung“ vom 21./22. März 2015 stellte sich auch die Tageszeitung Junge Welt an die Seite der Kritiker der Montagsmahnwachen. Vgl. dazu auch die Kritik von Andreas Wehr.
 - [2] Der offizielle Beginn des vom Westen auch als „Eindämmungspolitik“ angesehenen Kalten Kriegs wird allgemein in der Verkündung der Truman-Doktrin gesehen, vgl. dazu David Horowitz, Kalter Krieg – Hintergründe der Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1980, S.225ff.
 - [3] Domenico Losurdo, Wenn die Linke fehlt, PapyRossa Verlag Köln, 2017, S.341
 - [4] Dieser Gedanke liegt allen Europaideologien zugrunde, vgl. dazu Andreas Wehr, Der Europäische Traum und die Wirklichkeit, PapyRossa Verlag Köln, 2013
 - [5] Domenico Losurdo, Wenn die Linke fehlt, a.a.O. S.83
 - [6] Vgl. Horowitz, a.a.O., S. 76f.
 - [7] Domenico Losurdo, Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute, in: Marxistische Blätter, 2-17, S. 100
 - [8] Wie gestört sind die Beziehungen zu Trumps USA? in: Der Tagesspiegel vom 29.5.2017,
 - [9] Vgl. Notification on Permanent Structured Cooperation (PESCO) to the Council and to the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy
 - [10] Trippelschritt, in: FAZ vom 14.11.2017
 - [11] So stand der Aufruf der „Kooperation für den Frieden“ des „Bundesausschusses Friedensratschlag“, des „Hamburger Forums“ und des „Bremer Friedensforums“ zu den Protesten gegen die G20 unter der Überschrift „Frieden und Völkerrecht statt globalisierte NATO“. Russland und China, deren Staatschefs am G20-Gipfel teilnahmen, wurden danach also zu NATO-Ländern erklärt! Vgl. auch die Kritik an den G20-Protesten von Andreas Wehr.
 - [12] Vgl. auch: X. Konferenz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ vom 10.-13. Mai 2018 in Berlin, die in Medienkooperation mit der Tageszeitung Junge Welt stattfand
- * Wiedergegeben mit freundlicher Genehmigung des Autors nach <https://www.andreas-wehr.eu/der-hauptfeind-sind-die-usa.html> ; veröffentlicht im Mai 2018.

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND

In seinem Artikel „Der Hauptfeind sind die USA!“ [1] distanziert sich Andreas Wehr – jedenfalls für die heutige Weltlage – von der bekannten Losung Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ aus dem Jahr 1915. Wir meinen, dass die Position Wehrs, prinzipiell – d.h. selbst dann, wenn seine Beschreibung der aktuellen Weltlage zuträfe – falsch ist und auf Klassenversöhnung hinausläuft.

1. Die Weltlage und der Klassenkampf in einem Land

wie Deutschland stehe der Hauptfeind nicht im eigenen Land, sondern in den kriegstreibenden USA. Selbst wenn die Weltlage so wäre, wie Wehr sie darstellt, ist dennoch die aus ihr gezogene Schlussfolgerung für ein imperialistisches Land wie Deutschland falsch. Warum? Hier wird die Frage, von welchem imperialistischen Land in der aktuellen Weltlage die Hauptkriegsgefahr [3] ausgeht, verwechselt mit der viel grundsätzlicheren Frage, wer der Gegner des deutschen Proletariats im umfassenden Klassenkampf ist. Die Friedensfrage ist ein wichtiger

sche Kampf ... muss sich in erster Linie gegen die USA richten, denn sie sind der Hauptfeind.“

Für Liebknecht steht der Hauptfeind der Arbeiterklasse jedes imperialistischen Landes im eigenen Land, weil sie zu ihrer Befreiung, nicht zuletzt auch von der Geißel des Krieges, zunächst ihre herrschende Klasse stürzen muss, der Kampf des Proletariats also der Form nach zunächst ein nationaler ist. Für Wehr ist dagegen das Feuer in jedem Land gegen den Imperialismus zu richten, der gerade der stärkste und aggressivste ist.



Für Wehr sieht die Weltlage so aus: Anders als vor dem 1. Weltkrieg gäbe es heute keine Konkurrenz imperialistischer Großmächte um die Weltherrschaft, sondern einen einzigen imperialistischen Block unter der absoluten militärischen und politischen Führung der USA. Deutschland, Frankreich, Japan, u.a. seien als „Vasallen oder subalterne Partner“ Teil dieses imperialistischen Blocks. Dem imperialistischen Block stünden das „unter sozialistischen Vorzeichen“ stehende China, Russland als „Nachlassverwalter der Sowjetunion“ und andere um eine multipolare Weltordnung ringende Staaten gegenüber. Die Kriegsgefahr gehe von dem Versuch der Einkreisung Chinas und Russlands durch den imperialistischen Block aus. Dies bedrohe alle nach Unabhängigkeit vom Imperialismus strebenden Staaten. [2] Die ausdrückliche Schlussfolgerung Wehrs lautet: In den von den USA bedrohten Ländern, aber auch in den abhängigen Ländern

Teil des Klassenkampfes aber nicht das Ganze. In diesem umfassenden Sinne hat auch Liebknecht die Frage nach dem Hauptfeind gemeint, wenn er schreibt:

„Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, **zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.**“ [4]

Wehr versteht Liebknecht völlig falsch, wenn er zu dessen Losung schreibt: „Was seinerzeit eine richtige Formulierung war, da sie den deutschen Imperialismus als Hauptverantwortlichen für den ersten Weltkrieg benannte, führt aber heute zur Desorientierung und zielt auf die Zerstörung jeglichen Antiimperialismus. ... Der antiimperialisti-

In Wehrs Artikel dagegen spielt der Klassenwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie keine Rolle. Das aber heißt, dass die USA in den abhängigen imperialistischen Ländern der klassenübergreifende Hauptfeind seien, gegen den Arbeiterklasse und Bourgeoisie gemeinsam den Kampf um Unabhängigkeit führen müssen.

2. Warum hat Liebknecht Recht und Wehr Unrecht?

Will man aber, wie Liebknecht den Hauptfeind des Proletariats in einem entwickelten kapitalistischen Land bestimmen, dann findet man ihn in der Bourgeoisie, die in diesem Land die herrschende Klasse ist, d.h. den Staatsapparat in den Händen hält. Auch in einem abhängigen imperialistischen Deutschland herrscht doch nicht die US-Bourgeoisie direkt, sondern allenfalls vermittelt der deutschen Bourgeoisie, die ihrerseits als

herrschende Klasse direkt die Staatsmacht ausübt. Die Abhängigkeit von den USA besteht darin, dass die deutsche Bourgeoisie politisch/militärisch nicht stark genug ist, eigenständig weltweit zu operieren, wie es eigentlich ökonomisch geboten wäre. Deshalb ist es für sie besser zeitweilig den Unterführer des Mafiabosses abzugeben. Das bringt schmerzliche Kompromisse und sogar Demütigungen mit sich, entspricht aber, solange die Kräfteverhältnisse so sind



wie sie sind, den Klasseninteressen der in einem solchen Land herrschenden Kapitalistenklasse. Diese herrschende Klasse gefährdet den Frieden, indem sie die von den USA ausgehende Kriegsgefahr verschärft. Sie führt das Land möglicherweise im Gefolge der USA in den Krieg. Sie bereitet das Land auf einen solchen Krieg vor, indem sie die Demokratie abbaut und den Faschismus zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft in Reserve hält. Sie erhöht die Ausbeutung, um die Lasten der Kriegsvorbereitungen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und international stärker zu werden. Im Interesse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen muss diese herrschende Klasse – der Hauptfeind – gestürzt werden. Das wäre auch der beste Beitrag der deutschen Arbeiterklasse zur Erhaltung des Friedens und zur Schwächung des Hauptkriegetreibers USA.

Kann eine Lage eintreten, in der die Bourgeoisie eines entwickelten kapita-

listischen Landes nicht der Hauptfeind der Arbeiterklasse dieses Landes ist? Ja, das ist denkbar. Das war z.B. sicher im vom deutschen Faschismus besetzten Frankreich der Fall. Der Unterschied zu der oben entwickelten Situation der Abhängigkeit eines imperialistischen Landes besteht darin, dass die deutsche Bourgeoisie direkt die Staatsmacht der besetzten Länder ausübte, sie also Kolonialstatus hatten. Dann besteht die Aufgabe der Arbeiterklasse des Koloniallandes darin, einen Kampf

zum Sturz des aktuellen Hauptfeindes – der Besatzungsmacht – zu führen. Dabei kommt es allerdings darauf an, der ‚eigenen‘ Bourgeoisie nicht die Führung dieses Befreiungskampfes zu überlassen, sondern die erfolgreiche Befreiung zum Sturz der ‚eigenen‘ Bourgeoisie auszunutzen bzw. weiterzuentwickeln. Nur dieses Vorgehen wird der Klassensituation in einem entwickelten kapitalistischen Land gerecht, da die Bourgeoisie „mit dem Beginn der Periode des Imperialismus“ die „fortschrittliche Rolle ausgespielt“ hat. „Alle die diese Änderung ... nicht begriffen, begingen sehr schwere Fehler und Verbrechen gegenüber der Arbeiterklasse“ – so Togliatti auf dem VII. Weltkongress. [5]

3. Die Bedeutung der nationalen Frage in einem abhängigen imperialistischen Land.

Die Abhängigkeit eines entwickelten kapitalistischen Landes ändert, wie dargestellt, nichts daran, dass die einheimische Bourgeoisie der Hauptfeind und ihr Sturz das strategische Etappenziel des Proletariats des Landes ist. Dennoch hat das Abhängigkeitsverhältnis eine erhebliche Bedeutung für den Klassenkampf in einem solchen Land. Das Proletariat muss mit der nationalen Frage eine zusätzliche Front gegen die herrschende Klasse eröffnen. Die Bourgeoisie muss als eine Klasse bloßgestellt werden, die um ihrer eigenen Profitinteressen willen bereit ist, das Land in einen Krieg zu stürzen, Souveränitätsrechte aufzugeben, um der Zentralmacht Stützpunk-

te und Überflugrechte einzuräumen, Sanktionen gegen andere Länder zu verhängen, die hierzulande Arbeitsplätze kosten, Demütigungen der nationalen Würde hinzunehmen – all das im hauptsächlichsten Interesse der dominierenden imperialistischen Großmacht. Mit dem Ziel, die eigene Bourgeoisie und die imperialistische Großmacht zu schwächen, gilt es Kämpfe zu entwickeln, die die militärische, politische und ökonomische Gefolgschaft gegenüber der Großmacht im Interesse der Erhaltung des Friedens angreifen, z.B. mit der Forderung nach dem Austritt aus der NATO. Kurz, es gilt die nationale Frage aufzunehmen und ihre Lösung mit dem Sturz der Bourgeoisie zu verbinden.

Nimmt die Arbeiterklasse die nationale Frage nicht auf, überlässt man sie der Bourgeoisie, genauer ihren reaktionären oder faschistischen Reserven. Behandelt man die nationale Frage aber so wie Andreas Wehr im Sinne eines nationalen Blocks mit der Bourgeoisie, so macht man sich zum ideologischen und praktischen Wegbereiter der eigenen herrschenden Klasse, die bestrebt ist, das imperialistische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern und selbst als Großmacht zu agieren.

4. Hauptgefahr für den Frieden und Hauptgegner/Hauptfeind im Klassenkampf

Im aktuellen Bildungsmaterial der DKP [6] wird Liebknechts Flugblatt mit der Parole des Hauptfeindes als eine geschichtliche Station in der Entwicklung des Kampfes der Kommunisten gegen den Krieg zitiert. Dann wird aber unter der Überschrift „Die Wende von 1935“ zustimmend ein Artikel von Domenico Losurdo [7] wiedergegeben, der – so die Autoren des Bildungsmaterials – „die ideologische und politische Bedeutung der Frage nach der *Hauptgefahr für den Frieden und dem Hauptgegner antiimperialistischer Kräfte*“ [Hervorhebung von uns, I. und H. Humburg] unterstreicht. Das kann man nur so verstehen, dass der VII. Weltkongress nach Meinung der Autoren des Bildungsmaterials in der Frage des Hauptfeindes eine Wende gegenüber der Position Liebknechts eingeleitet hätte. Das ist aber historisch nicht haltbar. Es war Togliatti, der auf dem Kongress die Hauptrede zum Kampf gegen den Krieg gehalten hat. Er erklärt in völliger Kontinuität zu Liebknecht den Zusammenhang zwischen der Hauptgefahr für den Frieden und dem Hauptgegner des Proletari-

ats in einem imperialistischen Land so:

„Unserer revolutionären Strategie und folglich auch unserem konkreten Kampf gegen den Krieg legen wir eine Konzentration der Kräfte gegen die japanischen Militaristen zugrunde, die die Sowjetunion an den Ostgrenzen mit einem Überfall bedrohen und die Errungenschaften der chinesischen Revolution zu vernichten trachten. Wir konzentrieren das Feuer auf den deutschen Faschismus, diesen Hauptkriegsbrandstifter in Europa. Wir sind bemüht, alle Verschiedenheiten, die in den Positionen der einzelnen imperialistischen Mächte bestehen, auszunutzen. Wir müssen sie im Interesse der Verteidigung des Friedens geschickt ausnutzen und dabei keine Minute vergessen, dass **der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus gerichtet werden muss.**“ [8]

Mit der Position Losurdos, die Wehr in ihrer politischen Konsequenz dankenswerterweise auf den Punkt bringt, setzt sich in diesem Heft Kurt Baumann auseinander. Beide Artikel sind in enger Abstimmung entstanden, so dass Kurt an einigen Stellen auf unseren Artikel Bezug nehmen kann.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Andreas Wehr, Newsletter vom Mai 2018 „Der Hauptfeind sind die USA“, wiedergegeben auch in diesem Heft.
[2] Unsere Sicht der Weltlage unterscheidet sich erheblich von der Wehrs. Wir geben hier nur Stichworte, weil unsere Einschätzung nicht in allen Punkten fundiert genug ist und sie den Rahmen des Artikels sprengt: Ohne konkrete Einschätzung der durch die Krise, die die Ausmaße der von 1929 erreicht, verschärften ungleichmäßigen Entwicklung lässt sich nicht qualifiziert über die innerimperialistischen Widersprüche und die Kriegsgefahr reden. Die Atmosphäre des Fiebers und des Beginns eines regelrechten Wirtschaftskrieges, der den Kriegen mit Waffengewalt immer vorangeht, ist jedoch mit Händen zu greifen. Die USA sind wirtschaftlich als Weltmarktgemacht im Abstieg. Ihre bisher abhängigen Verbündeten laufen immer mehr aus dem Ruder und verfolgen regionale machtpolitische Eigeninteressen. China ist ein kapitalistisches Land und dringt mit Waren- und Kapitalexport immer stärker in bisherige Einflussphären besonders der USA und Frankreichs vor. Anders als vor dem 2. Weltkrieg gibt es kein starkes sozialistisches Land, das die Widersprüche der imperialistischen Staaten zur Verteidigung des Friedens ausnutzen könnte. Das objektiv imperialistische Russland hat derzeit aus Gründen des Kräfteverhältnisses kein Interesse an einer Verschärfung der Kriegsgefahr. Erste offensive Elemente werden aber bereits sichtbar. Die Entwicklung zur sog. multipolaren Weltordnung ist keine Demokratisierung der Weltpolitik, sondern eine Station, in der sich die Bündnisse zwischen den aufstrebenden und etablierten imperialistischen Großmächten neu sortieren und auf einen Krieg hintreiben, der die Merkmale des 1. Weltkriegs in sich trägt.
[3] Die inzwischen weithin zu hörende Aussage,

dass die Hauptkriegsgefahr von einer bestimmten imperialistischen Großmacht ausgehe, ist genau genommen falsch. Die Hauptkriegsgefahr geht vielmehr von der ökonomischen, politischen und militärischen Zuspitzung eines bestimmten Widerspruchs zweier oder mehrerer um die Weltherrschaft kämpfender Imperialismen aus. (Lenin: „Für den Imperialismus (ist) wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie.“) Innerhalb dieses die aktuelle Kriegsgefahr bestimmenden Widerspruchs mag die eine Seite stärker und erfolgreicher die ökonomische Neuaufteilung der Welt betreiben, während die andere sich anschickt oder stärker darauf drängt, den Wettkampf mit den Mitteln des Krieges zu führen. Letztere muss man dann, wie Togliatti es vor dem 2. Weltkrieg für den japanischen und deutschen Imperialismus getan hat, als „Hauptkriegsbrandstifter“ brandmarken. Niemals darf man sich jedoch auf eine Seite der mit unterschiedlichen Mitteln um die Hegemonie kämpfenden Imperialismen schlagen.
[4] Karl Liebknecht „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Flugblatt 1915 www.mlwerke.de.
[5] Rede von Togliatti, zitiert nach Pieck, Dimitroff, Togliatti „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten ...“ VII. Kongress der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin 1957 S. 263.
[6] DKP „Kommunisten und der Kampf um den Frieden“ Bildungszeitung Juli 2018. Anm.: Die Bildungszeitung ist ein Fortschritt, aus dem ein Schritt voran für die ganze Partei und die Friedensbewegung werden könnte, wenn die dadurch angeregte Diskussion auch tatsächlich in und außerhalb der Partei geführt wird.
[7] Domenico Losurdo „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“ Marxistische Blätter 2/2017.
[8] Togliatti, S. 212 f.

Kurt Baumann

DOMENICO LOSURDO, DER VII. WELTKONGRESS UND DER KAMPF GEGEN DEN KRIEG

Gegenstand dieses Beitrags ist die Auseinandersetzung mit Domenico Losurdos Artikel „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“. [1] Losurdos These ist, die innerimperialistischen Widersprüche seien anders als vor dem ersten Weltkrieg nicht mehr prägend. Prägend sei vielmehr der Widerspruch zwischen einer imperialistischen Hegemonialmacht und den von ihr kolonial oder neokolonial abhängigen oder bedrohten Ländern, zu denen auch die schwächeren imperialistischen Länder gehören. Er beruft sich hauptsächlich auf eine angebliche Wende in der Strategie durch den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI), besonders auf die Rede Togliattis. Um Doppelungen zu vermeiden, beziehe ich mich in der Kritik an Losurdo auf den in enger Abstimmung entstandenen Artikel „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ von Inge und Harald Humburg.

1. Die angebliche Wende des VII. Weltkongresses

Losurdo schreibt: „Togliatti (war) einer der großen Protagonisten der Wende von 1935, mit der die KI den Nazi-Faschismus zum Hauptfeind erklärte und gegen ihn die Politik der Einheitsfront und der Volksfront betrieb.“ „... die beiden damaligen großen Kolonialimperien (das britische und das französische)“ wurden „somit zu sekundären Gegnern und sogar zu möglichen Verbündeten der Sowjetunion erklärt“. [2] In den zwei Sätzen stecken gleich drei Fehler:

- Losurdo bezieht für die Zeit vor dem 2. Weltkrieg die gleiche Position wie Andreas Wehr für unsere Zeit [3]. Er behauptet, die KI habe 1935 in Abkehr von der Linie Liebknechts den deutschen Faschismus zum Hauptfeind der Arbeiterklassen aller Länder erklärt. Das im Artikel „Der Hauptfeind ...“ am Ende wie-

dergegebene Togliatti-Zitat belegt demgegenüber, dass die KI den japanischen Militarismus und den deutschen Faschismus als die Hauptkriegstreiber eingeschätzt hat. Auf sie müsse der Kampf für den Frieden und für die Verteidigung der Sowjetunion konzentriert werden. *Der Hauptschlag des Proletariats in einem imperialistischen Land richte sich aber weiter gegen die eigene Bourgeoisie.*

- Auf gleicher Linie unterstellt er der KI, die Einheits- und Volksfrontpolitik z.B. der französischen Arbeiterklasse richte sich gegen den deutschen Imperialismus. Dabei hat die Einheits- und Volksfront in Frankreich natürlich in erster Linie die französische Bourgeoisie und ihren drohenden Übergang zur faschistischen Herrschaftsform im Visier. Pieck drückte das in seiner Rede auf dem VII. Weltkongress so aus: Mit dem politischen Generalstreik von 1934 „hat das französische Proletariat den ersten groß-

en Vorstoß der Faschisten *in Frankreich* zurückgeschlagen“. Die „Kommunistische Partei Frankreichs hat sich nicht mit der Herstellung der Einheitsfront mit den Sozialisten begnügt, sondern ein Programm von Forderungen aufgestellt, die die Bourgeoisie ins Fleisch schneiden.“ [4]

- Schließlich vermischt Losurdo die Außenpolitik der sozialistischen Sowjetunion, die unter Ausnutzung der innerimperialistischen Widersprüche ein Bündnis z.B. mit Frankreich zu erreichen suchte, mit der Haltung der französischen Arbeiterklasse. Togliatti schlägt auf dem VII. Weltkongress den französischen Kommunisten vor, zum Abschluss des Vertrages über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Frankreich an ihre Bourgeoisie gerichtet zu erklären: „Ihr ... habt einen Vertrag ... mit der Arbeiterklasse der Sowjetunion ... unterzeichnet. Aber mit der Arbeiterklasse unseres Landes ... habt ihr keinerlei Vertrag geschlossen. Wir besitzen keinerlei Garantie, dass ihr eure Armee, die nach wie vor eine Klassenarmee ist, nicht

ten. Aber das bedeutet nicht, ... dass wir an dem Pakt, den ihr mit der Sowjetunion abgeschlossen habt, desinteressiert sind...“ „Wir ... werden diesen Pakt mit allen Kräften verteidigen, weil er ein Instrument des Kampfes für den Frieden und für die Verteidigung der Sowjetunion ist. Wir werden im Parlament für die Unterzeichnung dieses Vertrages stimmen und jegliche Versuche entlarven, eine Politik zu treiben, die vom Vertrag abweicht...“. [5]

Togliatti zeigt mit diesem Beispiel sehr plastisch, wie Kommunisten den Kampf gegen die Hauptgefahr für den Frieden und für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion mit dem Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land verbinden müssen. Nur wenige Seiten vorher hat er die Politik des VII. Weltkongress ausdrücklich in die Kontinuität der Linie von Lenin und Liebknecht gegen den imperialistischen Krieg gestellt. Breitester Kampf für die Verteidigung des Friedens und Umwandlung eines nicht verhinderten Krieges in den Bürgerkrieg: „Wir verschleiern nicht ... die

beiterklasse mit der Bourgeoisie gegen den jeweiligen Hauptkriegstreiber führen und unterschiebt seine Vorstellung einer Blockbildung fälschend Togliatti und dem VII. Weltkongress.

2. Verwirrspiel um die Begriffe Kolonie, Halbkolonie, potentielle Halbkolonie und Neokolonialismus

Losurdo verwendet zwei Kapitel seines Artikels darauf, für alle Formen der Abhängigkeit eines Landes von einer Großmacht, egal, ob das Land in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung steht und eine Kolonie ist, oder schon das imperialistische Stadium erreicht hat, die Perspektive eines nationalen Befreiungskampfes gegen die ausländische Unterdrückung zu verkünden und zwar in ausdrücklicher Abgrenzung zum „zwischenimperialistischen Widerspruch, der charakteristisch für den Ersten Weltkrieg war“.

Das gilt bei ihm für Portugal 1916, für Frankreich 1939, für Italien und Frankreich 1952 und wohl auch für die „wenn



Präsidium des VII. Weltkongresses - Dimitroff, Thorez und Pieck

gegen die Arbeiterklasse unseres Landes und gegen die Kolonialvölker, die unsere Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus sind, einsetzen werdet. Wir haben keinerlei Garantie, dass ihr nicht nach wie vor die Armen und nicht die Reichen zwingen werdet, die zur Organisation dieser Armee erforderlichen Mittel aufzubringen. ... Wir haben nicht einmal irgendeine Garantie, dass ihr dem Vertrag, den ihr heute unterzeichnet, treu bleiben werdet. Aus all diesen Gründen können wir, meine Herren, weder für euren Militäretat stimmen noch auf den Kampf gegen eure Regierung verzich-

Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, die im Kriegsfall ... die zentrale Losung der Bolschewiki bleibt, sondern wir wollen im erbitterten Kampf für den Frieden ... die Massen der Arbeiter, der werktätigen Bauern und auch des Kleinbürgertums um die revolutionäre Avantgarde scharen, welche die Massen ... den Weg der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie führen soll.“ [6] Losurdo hingegen legt nahe, der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Frankreich müsse auch zu einem Bündnis der französischen Ar-

schon nicht Vasallen, so doch subalternen Partner der Vereinigten Staaten“ Deutschland, Frankreich und Italien 2017. Losurdo verabschiedet sich so weit von Lenin, dass er den Ausdruck Imperium (oder „Imperialismus“) nur für die USA gebraucht, alle anderen seien „Vasallen“ oder „subalterne Partner“. [7]

Unabhängig von dem von Losurdo angerichteten Begriffswirrwarr ist auch hier wieder das völlige Absehen von der Frage der sich in den einzelnen Ländern gegenüber stehenden Klassen, ihren Interessen und der Entwicklung des Klassenkampfes der entscheidende Fehler.

Lenin setzt sich 1916 mit der Position auseinander, die dem ersten Weltkrieg „ein nationales Programm“ entgegenstellen wollte. Er sagt, dass es im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen richtig gewesen sei, „den feudal-dynastischen Kriegen“ „objektiv revolutionär-demokratische Kriege, nationale Befreiungskriege“ entgegenzustellen. „Jetzt ist für die führenden, größten Staaten Europas die *objektive* Lage eine andere. Die Vorwärtsentwicklung – wenn man von möglichen, vorübergehenden Rückschlägen absieht – ist zu verwirklichen nur in der Richtung der *sozialistischen* Gesellschaft, der *sozialistischen Revolution*. Dem imperialistisch-bürgerlichen Krieg, dem Krieg des hochentwickelten Kapitalismus, kann ... *objektiv* nur ein Krieg *gegen* die Bourgeoisie entgegengestellt werden, d.h. der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie um die Macht, der Krieg, *ohne* den es eine ernste Vorwärtsbewegung *nicht geben kann* ...“. [8] Lenin sagt hier also in klarer Abgrenzung zu einer Position wie sie Losurdo

„Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ [9] eine falsche und auf dem 19. Parteitag der KPdSU [10] eine richtige.

Falsch sei, was Losurdo so zusammenfasst: „Schärfer als selbst der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus seien die zwischen-imperialistischen Widersprüche und würden früher oder später zu einem neuen Weltkrieg führen und all dies bestätige die Unvermeidlichkeit des Krieges im Kapitalismus.“ [11]

Stalin setzt sich in den „Ökonomischen Problemen“ mit Strömungen in der kommunistischen Weltbewegung auseinander, die meinten, dass „Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern, aufgehört (hätten) unvermeidlich zu sein“ und dafür drei Argumente anführten: Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei stärker als die innerimperialistischen Widersprüche, die USA hätten sich die europäischen Vasallen so nachhaltig untergeordnet, dass ein Krieg zwischen ihnen ausge-

praktisch als stärker denn die Gegensätze zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.“ [12]

Zur Friedensbewegung schreibt Stalin, sie kämpft „für die Verhütung eines neuen Weltkrieges. ... sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Aufrechterhaltung des Friedens. ... im Erfolgsfall (führt sie) zur Verhütung eines *bestimmten* Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub ... Das ist natürlich gut. Sogar sehr gut. Aber das ist dennoch nicht hinreichend, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt aufzuheben. ... Um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zu beseitigen, muss man den Imperialismus vernichten.“ [13]

Losurdo erkennt zwar, weil er sich nicht mit Lenin anlegen möchte, an, dass der Erste Weltkrieg aus zwischenimperialistischen Widersprüchen entstanden ist und sich Kommunisten deshalb nicht auf die Seite einer der Kriegsparteien schlagen konnten. Seitdem aber habe



vertritt, dass es im gesamten Stadium des Imperialismus vom Standpunkt der Arbeiterklasse keine Blockbildung mit der Bourgeoisie mehr geben kann, auch dann nicht, wenn der imperialistische Gegner stärker und aggressiver ist oder das schwächere imperialistische Land in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht hat.

3. Losurdo stellt Stalin auf den Kopf

Losurdo meint, Stalin habe 1952 zwei widersprüchliche Positionen zur Friedensfrage vertreten: In seiner Schrift

geschlossen sei und die starke Friedensbewegung in der Welt könne die Kriege verhindern. Gegen alle drei Argumente wendet sich Stalin sehr grundsätzlich: Er erklärt es (anders als Losurdo behauptet) für allgemein richtig, dass der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus stärker ist als der zwischen den kapitalistischen Ländern. „Dennoch brach der Zweite Weltkrieg nicht als Krieg mit der UdSSR aus, sondern als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern. ... Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte ...

sich das geändert. Jetzt dürfe man mit seiner ‚eigenen‘ Bourgeoisie ein bisschen schmusen, weil sie dauerhaft unterdrückte Halbkolonie und nicht mehr imperialistischer Player im Kampf um die Weltherrschaft ist. Demgegenüber betont Stalin, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Staaten ständig ändern und deshalb innerimperialistische Bündnisse oder Abhängigkeiten nur Durchgangsstationen im ständigen Wechsel friedlichen und nichtfriedlichen Kampfes zwischen den imperialistischen Ländern sein können.

Togliatti hatte dies auf dem VII. Weltkongress so ausgedrückt: „Eine Stabilität in den gegenseitigen Beziehungen der kapitalistischen Großmächte hat es niemals gegeben und kann es nicht geben. Das findet seine Erklärung in dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung.“ [14]

Für richtig erklärt Losurdo dagegen, dass Stalin auf dem 19. Parteitag „... die Unterwürfigkeit der westlichen Verbündeten oder Vasallen Washingtons (beklagte)“ und „die kommunistischen Parteien auf(rief), das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten, das die Bourgeoisie ihrer Länder über Bord geworfen hatte, aufzuheben und voranzutragen.“ [15] Tatsächlich hat Stalin aber auf dem 19. Parteitag festgestellt (und nicht beklagt), dass die Bourgeoisie heute sowohl das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten als auch das Banner der nationalen Unabhängigkeit über Bord geworfen hat. [16] Losurdo versteht Stalin jedoch so, als ob dieser sich gegen den kriecherischen Charakter speziell der italienischen oder französischen Bourgeoisie gegenüber den USA wendet und meint die Arbeiterklasse dieser Länder müsse dafür sorgen, dass sich ihre Bourgeoisie endlich wieder gerade macht. Stalin meint aber etwas ganz anderes. Er meint, dass die Bourgeoisie im imperialistischen Stadium des Kapitalismus, anders als im aufstrebenden, keine Sachwalterin der Interessen der Nation und der demokratischen Freiheiten mehr sein kann. Das gilt keineswegs nur für die Bourgeoisie eines abhängigen imperialistischen Landes, die ihre Profitinteressen zeitweilig als Vasall verfolgt. Das gilt erst recht für eine Bourgeoisie, die eigenständig um die Weltherrschaft kämpft.

Diese Argumentation verfolgte auch der VII. Weltkongress – insbesondere Dimitroff im Kapitel über den ideologischen Kampf gegen den Faschismus: „Natürlich muss man überall und in allen Fällen den Massen ... konkret beweisen, dass die faschistische Bourgeoisie unter dem Vorwand, die gesamt nationalen Interessen zu verteidigen, ihre egoistische Politik der Unterdrückung und Ausbeutung des eigenen Volkes sowie der Ausplünderung und Versklavung anderer Völker betreibt,“ und dies „den Interessen einer freien und glücklichen Zukunft der Nation“ widerspricht. „Man muss gleichzeitig durch den Kampf der Arbeiterklasse ... zeigen, dass das Proletariat ... der einzige wirkliche Kämpfer für die nationale

Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes ist.“ [17]

Zwischen den beiden Äußerungen Stalins besteht also kein Widerspruch. Sie betonen nur verschiedene Aspekte derselben Sache. Das Beispiel der deutschen Bourgeoisie zeigt, wie schnell durch die ungleichmäßige Entwicklung die verschiedenen Formen des nationalen Verrats (Hauptkriegstreiber 1914, unterwürfiger und abhängiger Imperialismus 1919 bis zum Zusammenbruch der Versailler Ordnung, Hauptkriegstreiber

an die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnisschichten knüpft, sondern die Klassenfrage ausspart. Die historischen Fehler, offensichtlichen Fehlinterpretationen von Zitaten, und die Begriffsverwirrung dienen diesem Ziel funktional. Der politische Sinn des Abdrucks dieser Positionierung in der Bildungszeitung, die den Positionen des Leitantrags des 22. Parteitages der DKP widerspricht, erscheint mehr als fraglich.



ber 1939 und als BRD zeitweise wieder Halbkolonie der USA) ineinander übergehen können. Es ist immer die gleiche Bourgeoisie, die ihre Klasseninteressen mal auf dem einen, mal auf dem anderen Weg verfolgt. Die Arbeiterklasse muss natürlich die verschiedenen Formen beachten. Vergisst sie aber das reaktionäre Wesen, das diesen Formen und ihren Übergängen zu Grunde liegt, dann ist das ein schwerer theoretischer Fehler.

Politisch wird daraus aber gerade jetzt, in einer Zeit, in der der deutsche Imperialismus seine tendenzielle Eigenständigkeit stärker entwickelt (Leitantrag des 22. Parteitages der DKP), bzw. diese immer klarere Konturen annimmt, eine verhängnisvolle Klassenversöhnung. Losurdo betreibt diese Klassenversöhnung zweimal, indem er den Hauptfeind im eigenen Land hinter den USA verschwinden lässt, und indem er die nationale Frage – anders als Dimitroff – nicht

Quellen und Anmerkungen

- [1] Domenico Losurdo „Palmiro Togliatti und der Friedenskampf gestern und heute“ Marxistische Blätter 2/2017.
 [2] ebd. S. 96.
 [3] Andreas Wehr „Der Hauptfeind sind die USA“, wiedergegeben auch in diesem Heft.
 [4] Rede von Togliatti, zitiert nach Pieck, Dimitroff, Togliatti „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten ...“ VII. Kongress der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin 1957 S. 49.
 [5] ebd. S.239 f.
 [6] ebd. S. 220.
 [7] Domenico Losurdo „Wenn die Linke fehlt“, 2017, S. 83.
 [8] Lenin „Über die Junius Broschüre“, LW Bd. 22, S.321 f.
 [9] Stalin „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ StW Bd. 17.
 [10] Stalin „Rede auf dem XIX. Parteitag...“ 1952 StW Bd. 17.
 [11] Losurdo „Togliatti...“, S. 98.
 [12] Stalin „Ökonomische Probleme...“, S. 286 f.
 [13] ebd. S.287 f.
 [14] Togliatti, S.181.
 [15] Losurdo „Togliatti...“, S. 98
 [16] Stalin „Rede...“, S.189 f.
 [18] Rede von Dimitroff, zitiert nach Pieck, Dimitroff, Togliatti, S.164 f.

Jürgen Lloyd

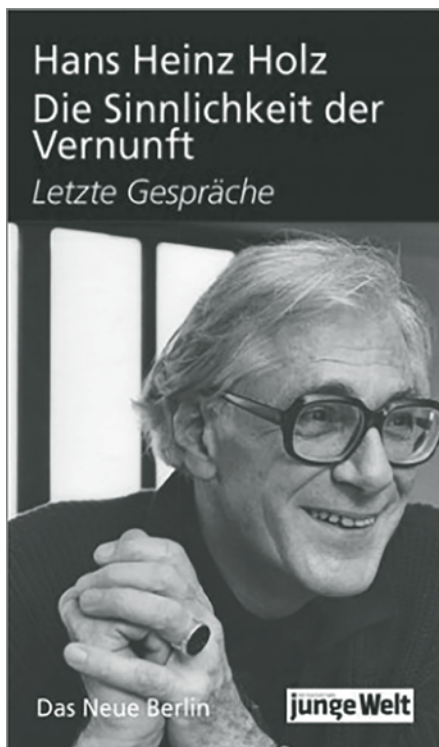
Ein Lesebuch der Dialektik

Hans Heinz Holz: Die Sinnlichkeit der Vernunft. Letzte Gespräche. [1]

Eine (Auto-)Biographie ist – wenn sie gut ist – dazu geeignet, die Lebenserinnerungen eines Menschen zum Spiegel der historischen Entwicklungen werden zu lassen. In diesem Spiegel erscheint, was die Geschichte der Gesellschaft ausmacht, in welcher jener Mensch gelebt und gewirkt hat. Damit dies gelingen kann, sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Der Protagonist sollte an den geschichtlichen Entwicklungen wirklich Teil gehabt haben und der Biograph sollte in der Lage sein, die geschichtliche Entwicklung zu verstehen und gedanklich zu erfassen. Hätte unser 2011 verstorbener Genosse, der bedeutende marxistische Philosoph Hans Heinz Holz eine Autobiographie verfasst, so könnten wir sicher sein, dass diese beiden Voraussetzungen zu Genüge erfüllt wären. Leider ist es dazu aber nicht gekommen. Und so haben Arnold Schölzel und Johannes Oehme das Zweitebeste gemacht: Im Frühjahr 2011 sind sie zu Holz in die Schweiz gefahren, haben dort Gespräche mit ihm geführt und Ende letzten Jahres zusammen mit ihren Mitherausgebern Martin Küpper und Vincent Malmede diese Gespräche in einem Band mit dem Titel „Die Sinnlichkeit der Vernunft. Letzte Gespräche“ veröffentlicht. Herausgekommen ist ein gut 300 Seiten starkes Buch zu Geschichte und Dialektik, das mit Gewinn und Freude zu lesen ist.

Angefangen mit dem Hass auf das Naziregime, den er nicht aus politischer Erwägung entwickelte, sondern auf Grundlage eines – aus großbürgerlichem Bewusstsein erwachsenen – Gefühls für Gerechtigkeit, schildert Holz im Gespräch seine Entwicklung zum Antifaschisten. Diese Entwicklung bringt ihn 1943, 16-jährig, wegen illegaler Flugblätter in Gestapo-Haft. Durch einen mitgefangenen jungen Kommunisten kam er dort erstmals mit Marx und Engels in Berührung, erfuhr vom historischen Materialismus. Hier fand Holz eine Erklärung, die ihm endlich auch die Gründe für das

Entstehen des verhassten faschistischen Systems verstehen ließen. Nach der Befreiung kam – durch seinen ehemaligen Mitgefangenen vermittelt – der Kontakt zur KPD und zu Emil Carlebach. Emil, der Kommunist, Buchenwald-Häftling und – von der US-Militärbehörde eingesetzt (und bald auch wieder abgesetzt) – Lizenzträger der Frankfurter Rundschau warb Holz dann auch sogleich für journalistische Arbeit bei der Zeitung. Schon alleine die sorgsame Schilderung der ambivalenten Rolle der amerikanischen Besatzungsmacht, bei der Holz in



der mittleren und unteren Ebene „eigentlich nur antifaschistische bis kommunistische Amerikaner“ kennenlernte, und die ihm dennoch dann später ebenso wie Carlebach „wegen antiamerikanischer Gesinnung“ die Akkreditierung entzogen, lässt die Leser erkennen, wie sich geschichtliche Entwicklungen (der beginnende Kalte Krieg) in der Biographie

eines politisch handelnden Menschen widerspiegeln. Und eine solche Schilderung vermag dabei eine bessere, den Zusammenhang der an sich widersprüchlichen Erscheinungen verständlicher machende Darstellung der Entwicklung zu liefern, als es so manche historische Untersuchung fertigbringt.

Schölzel und Oehme gelingt es mit ihren Fragen, eine Sicht nicht nur auf diesen Teil der Geschichte entstehen zu lassen. Da Hans Heinz ebenso an den Bemühungen der Kommunisten und Sozialdemokraten zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei teilhatte, an der Wiederbelebung einer demokratischen Wissenschaft und Kultur, und an der Frage der deutschen Einheit; da er gleichermaßen am Kampf gegen die Atom-Bewaffnung, dann gegen die Notstandsgesetze und – nicht zuletzt auch in den Auseinandersetzungen um seine Berufung als Professor – am Kampf um die Präsenz marxistischer Wissenschaft in der BRD teilnahm, entwickelt sich mit den Gesprächen ein Lesebuch zur deutschen Geschichte nach 1945.

Hinzu kommen die Begegnungen und Auseinandersetzungen des marxistischen Denkers mit Zeitgenossen und Weggefährten – mit Georg Lukács, Ernst Bloch, Hans Mayer, Bert Brecht, Johannes R. Becher, Wolfgang Abendroth, und vielen anderen. Wo solche Begegnungen in den Gesprächen behandelt werden, ergeben sich Perspektiven, nicht nur auf die Zeitgenossen, sondern auch auf die Zeit, die solche Beziehungen, wie Holz sie schildert, möglich machte.

Und schließlich berühren die Gespräche die Themen, die Holz in seinem Werk beschäftigt haben. Mal erzählt Holz, dass seine erste Vorlesung als Professor für Philosophie in Marburg – zum Entsetzen seiner linken Kollegen, die das nicht verstanden – über Parmenides und die Vorsokratiker handelte und erläutert dabei nebenbei, warum dies für einen *historischen* Materialisten eine Selbstverständ-

lichkeit sein sollte. An anderer Stelle schildert Holz, dass er sich als junger Student Hegel angeeignet hat, indem er ihn zusammen mit den Hegelkonzepten von Lenin las und diese Herangehensweise – also Hegel aus der Perspektive Lenins zu studieren – später auch seinen Studenten empfahl. Die Begründung für eine solche Empfehlung – und damit ein Gehalt, mit dem sich ein gutes Philosophie-Hauptseminar beschäftigen könnte; oder auch eine gute marxistische Schulungsveranstaltung – entwickelt sich im lockeren Gespräch fast nebenbei. Und der Leser des Buchs kann – als wäre er stiller Zuhörer von Holz, Schölzel und Oehme – daneben sitzen: Die idealistisch auftretende Philosophie Hegels ist Verarbeitung und Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. In der Philosophie also nach dem zu suchen, was sich – mit Engels gesprochen – vom Kopf auf die Füße stellen lässt, ermöglicht einen adäquaten Zugang zur Philosophie Hegels. Und ein solcher Zugang zeigt sich bei Lenin, der mit Hegel, mit der Dialektik seine eigene (revolutionäre) Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit reflektiert hat. Es sprengt nicht nur den gegebenen



Platz, alle Themen hier wiederzugeben. Die Art, wie in den Gesprächen durch Holz z.B. Grundlagen einer normativen Ästhetik vorgestellt werden oder wie er zur Diskussion ökologischer Fragen auf das dialektische Verhältnis von Natur und Mensch, der ja selber auch Naturwesen ist, verweist, ist im Buch in einer gut lesbaren und Vergnügen bereitenden Form aufbereitet. Und diese Form würde bei dem Versuch, sie hier komprimiert wiederzugeben nur unnützlich verloren gehen. Also: Selber lesen!

Dass für Holz die Dialektik nicht ein von der Wirklichkeit abgehobener Bereich geistiger Beschäftigung war, sondern er stets und in den verschiedensten Bereichen des Lebens Dialektiker war, wird während der Gespräche immer wieder deutlich. Die Dialektik taucht auf, wenn Holz die bereits erwähnte zwiespältige Rolle der US-Amerikaner als Befreier und Besatzer schildert. Sie taucht auf, wenn er erzählt, dass „unter der demokratischen Oberfläche institutionell

der deutsche Imperialismus wiederaufgebaut wurde, und das heißt, damit auch die Keimzellen eines neuen deutschen Faschismus“ (S. 72). Wenn er als Atheist als Position zur Religion einfordert: „Man muss auch die Probleme des Irrationalen in ein System der Rationalität mit aufnehmen. Auch das Irrationale muss als das *Andere* des Rationalen rational begriffen und nicht einfach abgelehnt werden.“ (S. 243) – dann zeigt sich darin eine dialektische Haltung. Diese bestimmt auch seinen Umgang mit einem Reaktionär wie Nietzsche, den er nicht schlechthin mit diesem Urteil hinreichend behandelt sieht. „Auch bei Nietzsche muss man die Zweideutigkeit sehen, um zu verstehen, warum er so eine Wirkung haben konnte, weil Nietzsche bis heute eine fatal antidemokratische und reaktionäre Wirkung entfaltet. Aber er hat sie, weil bei ihm zugleich die Kritik der bürgerlichen Welt, speziell der bürgerlichen Kultur da ist.“ (S. 50) Diese dialektische Haltung fordert Holz auch in Bezug auf „irrationale Erscheinungen, wie sie beispielsweise in der Zeit der großen Verfolgungen in der Sowjetunion geschehen sind“. (S. 243) Er kritisiert den – statt solcher Haltung vorherrschend praktizierten – Umgang mit diesem Thema und nennt diese (auch von manchen Genossinnen und Genossen betriebene) Art der Beschäftigung treffend „Exorzismus“.

Der Schematismus derjenigen, die sich auf der Seite „der Guten“ wähnen und von dieser Position aus ihre vermeintlichen Wahrheiten verkünden, war mit Hans Heinz Holz nicht zu machen. Weil sich eine dialektische Haltung aber wirksam nur in einer starken, bewusst weltverändernden Praxis befördernden kommunistischen Bewegung entfalten wird, ist unsere Schwäche wohl der Grund, warum Hans Heinz auch sieben Jahre nach seinem Tod in der Zeitung seiner Partei mit einer Besprechung dieses Buchs bedacht wird, die selber eher als Versuch des Exorzismus gegenüber Holz erscheint. [2] Solange der (politisch mal zu rechtem Opportunismus führende, mal in „linkem“ ausschlagende) Schematismus in der Partei nicht erfolgreich bekämpft wird, werden wir auch zukünftig Angriffe und Kampagnen gegen Holz erleben. In den Gesprächen benennt Hans Heinz dies als ideologischen Klassenkampf, der auch in der Partei geführt wird. Und er fügt an: „Das Lustige ist, dass *Jahre*, nachdem man angegriffen wurde wegen irgendeiner Sache, es sich dann plötzlich

herausstellte, die ist dann doch die richtige gewesen (Lachen).“ (S. 59)

Besonders aufgestoßen ist manchen Genossinnen und Genossen in der DKP offensichtlich der Abschnitt der Gespräche, die sich mit der Gründung der DKP beschäftigen. [3] Holz räumt ein, dass er wohl einer Fortführung des Kampfs um Wiederzulassung der illegalisierten KPD den Vorrang vor der Schaffung einer legalen Partei in Form der DKP gegeben hätte. Es wäre schade, wenn es heute immer noch nicht möglich wäre, diese Frage – ohne den Druck der K-Gruppen, gegen deren Verleumdungen man sich damals zwingend wehren musste – abwägend zu diskutieren. War die KPD auch in der Illegalität stark genug, als orientierende und organisierende Kraft auf die opponierende Jugend anziehend zu wirken? Oder war dazu die legale Form mit der DKP besser geeignet? (Mir persönlich scheint vieles für diese zweite Position zu sprechen.) Holz' Feststellung, in der DKP seien die neuen Mitglieder „Anpasser geworden und darum auch in der Krise der Neuerer wieder abgesprungen“ (S. 309), scheint mir eine manchen Genossinnen und Genossen nicht gerecht werdende Übertreibung zu sein. Und doch wäre m.E. zu untersuchen, ob auch in der Gründungsgeschichte der DKP Ursachen liegen, die zu ihrer ideologischen Schwäche beigetragen haben, welche sich Ende der 80er Jahre zeigte und ja auch heute – trotz allem – nicht überwunden ist. Über diese Fragen eine begründete Haltung zu erarbeiten, wäre – 50 Jahre nach der Gründung – ein lohnendes Ziel. Stattdessen vorwurfsvoll zu beklagen, von Holz würde „Zweifel an der Berechtigung der Neukonstituierung der DKP im Jahr 1968 geweckt“ (N. Hager), scheint mir jedenfalls keine erfolgversprechende Strategie zu sein, begründetes Selbstbewusstsein einer Kommunistischen Partei zu entwickeln.

Eine gute Biographie – so habe ich eingangs behauptet – vermag die Geschichte der Gesellschaft zu spiegeln, in der jemand gelebt hat. Wenn wir mit Marx und Engels verstehen, dass diese Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, dann haben wir auch eine Erklärung, warum die in diesem Buch wiedergegebenen biographischen Gespräche mit Hans Heinz Holz so fruchtbar sind. Seine unterhaltsame Lektüre regt an, Position zu beziehen in den weiterhin anstehenden (ideologischen) Kämpfen.

Quellen und Anmerkungen

[1] Hans Heinz Holz, „Die Sinnlichkeit der Ver-

nunft. Letzte Gespräche“ mit Arnold Schölzel und Johannes Oehme, hrsg. von Martin Küpper, Vincent Malmede und Johannes Oehme, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2017 - Das Buch findet sich bei Erscheinen dieser Ausgabe von T&P nicht im Angebot des UZ-Shops.

[2] Nina Hager „Rückblicke auf ein erfülltes Leben“ in UZ vom 20.07.2018.

[3] Leserbriefe in den auf die Besprechung von N. Hager folgenden UZ-Ausgaben. Weitere Leserbriefe wurden z.T. von der UZ nicht veröffentlicht. Wir geben an dieser Stelle einen eingereichten Leserbrief von Florian Hainrich wieder, den er mit folgendem Hinweis an die UZ-Redaktion geschickt hat:

Dazu vielleicht noch der Hinweis, dass ich es schon sehr bedenklich finde, wie in der UZ über einen der Großen unserer Partei geschrieben wird. Ich könnte mir schwer vorstellen, dass ein

ähnlicher Verriss zu Robert Steigerwald in der UZ abgedruckt würde. Zumindest Patrik nennt die beiden ja in seiner Rede auf dem LLL Wochenende in einer Reihe. Um nicht falsch verstanden zu werden: Kritik ist nicht verwerflich, aber ein Minimum an Qualität sollte sie dann doch haben. „Rückblicke auf ein Erfülltes Leben“ oder wie Nina Hager versucht, Holz zu diskreditieren.

Erst einmal ist es sehr positiv, dass die UZ das Buch Hans Heinz Holz „Die Sinnlichkeit der Vernunft“ bespricht. Ärgerlich hingegen ist, dass Nina Hager diese Besprechung nutzt, um Fragen, in denen sie mit Holz schon zu seinen Lebzeiten über Kreuz lag, aufzuwärmen und versucht, ihn darüber zu diskreditieren. Das ist nicht verwunderlich, gehört sie doch zu jenen, die Holz dämonisierten und die zusammen mit der alten Parteiführung alles tat, um Holz' Einfluss innerhalb der DKP zu bekämpfen. Natürlich gehören

dazu auch die Stalinfrage und die Niederlagenanalyse. Fast schon witzig sind Passagen, in denen sie ihr Unverständnis ausdrückt, warum Holz trotz seiner Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus der DDR daran festhalten konnte, dass ab 1956 eine Stagnation einsetzte. Man möchte einwerfen, er kam vielleicht gerade wegen dieser Zusammenarbeit zu dieser Erkenntnis. Ähnlich unterhaltsam: „Und noch verwunderlicher ist, dass Hans Heinz Holz, der sich sein ganzes Leben gegen Ungerechtigkeiten eingesetzt hatte, ausgerechnet Stalin rechtfertigt – Terror und Unrecht aber nicht bestreitet.“ Ja, Holz war kein Moralist und kritisierte die Übernahme bürgerlicher Moralkategorien, ohne sie mit eigenem Klasseninhalt zu füllen, als Zerstörung der eigenen Vernunft. Florian Hainrich, Kiel

IN EIGENER SACHE

Im Vorfeld der Programmdebatte 2005 wurde T&P aus der Taufe gehoben, um vor allem eine Möglichkeit zu schaffen, die Programmdebatte inhaltlich zu befeuern und wichtige Punkte in die Debatte zu bringen, die von der damaligen Parteiführung nicht gewollt war und von der politischen Gruppe von Mayer, die einen reformistischen Weg der Partei wollten, verhindert wurden. Die T&P sollte also ein Instrument sein, um Debatten zu führen und Inhalte in der Partei zu setzen, die vor allem in den Parteorganen nicht geführt wurden oder die aktiv verhindert worden sind. Auch nach dem 19. Parteitag, bei denen sich die personellen Kräfteverhältnisse in der Parteiführung zum Teil geändert hatten, hatte Hans-Heinz Holz in T&P 23 eingeschätzt: „T&P ist in der Programmdiskussion gegründet worden, um denen in der Diskussion Gehör zu verschaffen, deren Stimme in den Parteorganen nahezu unhörbar gemacht wurde. Der Parteitag hat diesem Anliegen Recht gegeben. Die Diskussion ist eröffnet worden. Keine der Diskussionsgruppen kann und darf daraus einen Sieg für sich ableiten. Aber es ist ein Sieg für die Partei im Ganzen, ihre Offenheit zu bewahren. Dieser Sieg ist jedoch nicht nur ein Sieg für die Diskussion, er ist auch ein Anfangspunkt für eine mögliche, solidarische innerparteiliche Klärung, bei der es nicht auf die Ausnützung von jeweiligen Stimmverhältnissen ankommt. Wie sollte sonst ein stellvertretender Vorsitzender, der knapp weniger als die Hälfte der Delegiertenstimmen bekam, handlungsfähig sein? Was allein zählen darf, sind Argumente.“

Die T&P hat also in den folgenden Jahren wichtige Diskussionen geführt und in die inhaltliche Debatte innerhalb der

DKP eingegriffen. Aber zwei Parteitage später und nach einer deutlichen Veränderung der Kräfteverhältnisse und nach dem Tod von wichtigen GenossInnen aus dem Herausgeberkreis, allen voran Hans-Heinz Holz, aber natürlich vor zwei Jahren auch von unserer Genossin Renate Münder, die wichtig für die Redaktion war, hat sich die Rolle und Auftreten der T&P in meinen Augen verändert.

Wichtige Diskussionen über Strategie, Taktik und Praxis können heute offen in den Parteigliederung und den Organen der DKP, wie UZ und auch MB, geführt werden. Die Artikel aus der T&P, die eine Diskussion einfordern oder weiterentwickeln, können heute dort veröffentlicht werden. Leider fehlen diese in meinen Augen zusehends. Da werden Diskussionsbeiträge von Andreas Wehr zu G20 nachgedruckt, obwohl diese Diskussion in der UZ und auch MB geführt wurde. Der Artikel widersprach auch der Orientierung der DKP bei den Protesten und stand damit meinem politischen Agieren ablehnend gegenüber, er war destruktiv und als Handlungsorientierung wurde empfohlen, sich nicht zu beteiligen, anstatt mit unseren Positionen, die der Mehrheit der Anti G20 Bündnisse widersprachen, in die Auseinandersetzung zu gehen. Darüber hinaus gab es auch keinen Austausch zwischen Redaktion und Herausgeberkreis.

Ich sehe nicht, dass T&P weiterhin eine sinnvolle Rolle in der Parteidiskussion spielen kann und wird, und habe deshalb die Einstellung der Zeitung vorgeschlagen. Die Erweiterung des Herausgeberkreises mittlerweile außerhalb der Partei spricht leider eine andere Sprache.

Meine Haupttätigkeit und Kraft sehe ich in Zukunft vor allem in den DKP

Strukturen und meinen betrieblichen Aufgaben und nicht mehr im T&P Herausgeberkreis. Ich fordere auch die Redaktion und den Herausgeberkreis auf, vor allem innerhalb der DKP zu agieren, dort werden alle Kräfte benötigt.

Tina Sanders

Die Zeitschrift Theorie & Praxis sieht sich verbunden mit der Tradition der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Thälmannschen KPD. Die Herausgeber und die Redaktion von T&P sehen sich in besonderer Art und Weise der DKP verbunden und sind der Ansicht, dass diese Zeitschrift weiterhin wichtige Beiträge für die Entwicklung und Stärkung der DKP leisten kann. Sie sehen in T&P weiterhin ein Mittel des Austauschs und der Diskussion mit allen, die die Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft in Deutschland anstreben.

*Herausgeber und Redaktion von
Theorie & Praxis*

Inhalt

Johannes Magel

Editorial Seite 1

AKTUELL

Johannes Magel, Seta Radin, Thomas Lurchi

**Zu #aufstehen und zur antimonopolistischen
Strategie der DKP** Seite 2

SCHWERPUNKT

Andreas Wehr

Der Hauptfeind sind die USA! Seite 6

Inge und Harald Humburg

Der Hauptfeind steht im eigenen Land Seite 11

Kurt Baumann

**Domenico Losurdo, der VII. Weltkongress und
der Kampf gegen den Krieg** Seite 13

LITERATURTIPP

Jürgen Lloyd

Ein Lesebuch der Dialektik. Seite 17

IN EIGENER SACHE

Erklärungen aus dem Herausgeberkreis..... Seite 19

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,

V.i.S.d.P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

<http://www.theoriepraxis.wordpress.com>

Druck: Eigendruck

Auflage: 1.500

Der Bezug ist unentgeltlich.

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift:

Johannes Magel

Scharnhorststraße 18

30175 Hannover

E-Mail: TundP-Box@web.de

T&P erscheint einmal im Quartal. Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz ,

Spendenkonto Theorie und Praxis

BLZ: 513 500 25

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02

SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.theoriepraxis.wordpress.com/> verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen. Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.